

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

149 (30.6.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 25 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M monatlich. — Einzelheft 1 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 3.40 M, auswärts 4.—M. Die Restamezelle 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der organisierte politische Mord

Die Deutschnationalen unterstützen politische Mordmörder

Es wird gesagt, nationalistische Mordmörder finden die Unterstützung der deutschnationalen Partei... Es wird vom Erben deutschnationaler Mordverbände gesprochen... Beweisen ist gegen die Deutschnationalen nicht und es kann auch nicht bewiesen werden...
Der deutschnationalen Landtagsabgeordnete und Oberfrankenrat Dr. Mayer bei der deutschnationalen Interpellation im Landtage gegen den „Volksfreund“.

Es hat gerade noch gefehlt, daß der so gottesfürchtige deutschnationalen Oberfrankenrat Dr. Mayer im Landtage am Dienstag sich hinsetzt und in dem Brustton, der diese Herren so trefflich ziert, gegen den „Volksfreund“ zu Felde zu ziehen versucht, eben, die Deutschnationalen als die braven Unschuldslämmer zu bezeichnen.
Wir bitten nun unsere Leser, den nachstehend wiedergegebenen „Sienen Brief“ an die Deutschnationalen Volkspartei aufmerksam zu lesen:

Wenn ich diese Zeilen der Öffentlichkeit unterbreite, so erkläre ich gleichzeitig, daß ich die volle Verantwortung für die darin behaupteten Tatsachen übernehme und bereit bin, diese Behauptung vor Gericht zu verantworten.

Der deutschnationalen Fraktionsführer, Staatsminister a. D., Herrat, gebrauchte in dem Auftrage an die Mitglieder seiner Partei die Worte:

„Die Einigkeit unserer Partei und die Heiligkeit unserer Ziele machen es uns zur gebieterischen Pflicht, unsern Namen reinzuhalten und über die Reinhaltung unserer Partei mit allen Mitteln zu wachen.“

Angesichts dieser großen Worte, Herr Minister, fühle ich mich verpflichtet, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß die Deutschnationalen Volkspartei in Wirklichkeit eine Partei ist, welche politische Verbrechen unterstützt, ja nicht davon zurückzusehen, politische Mörder in freifälliger Weise zu mißbrauchen. Ich tue das selbst auf die Gefahr hin, einem „Selbstmord“ oder einem „Unschuldfall“ ausgesetzt zu werden, aus dem reinen Verbrechen heraus, bei der Reinigung des rechtspolitischen Sumpfes meine Pflicht zu tun. Es mag sein, daß meine Behauptungen in seltsamem Kontrast ihrer Behauptung stehen. Ihre Partei habe mit Verbrechen und Mordtaten nichts gemein, doch es wird Ihnen schwer fallen, die gestohlene Wahrheit meiner Behauptungen zu widerlegen.

Nun zu den Tatsachen: Im Jahre 1919 wurde in Halle a. S. anlässlich der Märzrevue der Kommunistenführer Mesberg erschossen. Der Führer Aurel v. Petersdorff, die Freiwilligen Frische, Henkel und ich wurden wegen des Verbrechens, den Mord an Mesberg begangen zu haben, am 23. März 1919 im Eberthel zu Berlin, wo ich damals bei der Gardakavallerie-Schützenbataillon stand, verhaftet. Das Verbrechen gegen die Streifenführer Leutnant Hubert alias Roth weitergeführt, der jedoch ins Ausland, wie es heißt, nach Argentinien, flüchtete. Ich selbst wurde wegen eines anderen, rein politischen Deliktes bestraft und am 27. April 1921 befristet begnadigt. Die Mittel für unsere Verteidigung in der Angelegenheit Mesberg wurden uns von der Deutschnationalen Volkspartei durch den Rechtsanwalt Hirsch, Halle a. S., Rathausstraße 9, zur Verfügung gestellt. Herr Hirsch ist eingetragenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und zugleich Revisor der Geheimorganisation C, die damals noch den Namen „Geheimorganisation der Gardakavallerie-Schützenbataillon“ führte.

Leiter dieser Organisation war Oberleutnant Franz, der merkwürdigerweise im Kriegsgerichtsprozess wegen der Ermordung Karl Liebknecht und der Frau Rosa Luxemburg die Würde eines Weiskers vertrat. Nach meiner Begnadigung 1921 meldete ich mich bei der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, wo ich von den Herren General v. Gallwitz und Major a. D. Denning herzlich begrüßt wurde, ja, man überreichte mir sogar für mich in der Fraktion gesammelte Gelder (ungefähr 500 M.). Weideten mir, nach München zu fahren und mich bei Rechtsanwält Müller zu melden, in dessen Bureauräumen auch die Geheimorganisation C untergebracht war. Ich trat aber nicht den eigentlichen Leiter der Organisation, den inzwischen „berühmt“ gewordenen Kapitänleutnant Klinger, an, sondern dessen Stellvertreter Oberleutnant v. Kornatowski, der mich dazu überredete, der Geheimorganisation beizutreten, was ich auch tat. Nunmehr fuhr ich nach Berlin zurück und wurde von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Zandrey der Arbeitsgemeinschaft Müller zugewiesen, die damals „Vandarbeit“ in Bommern verrichtete, später Oberleutnant Hirsch in Halle a. S. brieflich an mich heran und forderte mich auf, ich sollte ins Ausland gehen, um die Rückkehr des in der Nordbahn Mesberg stützigen Leutnants Hubert zu ermöglichen, d. h. dessen Schul auf mich zu übernehmen. Falsche Papiere und Geld fanden mir zur Verfügung. Ich hatte dazu keine Lust, als man mir andeutete, es könne mir von „Kommunistischer Seite“ nach meinem Leben getrachtet werden, ging ich scheinbar darauf ein, fuhr aber nach Schneidemühl, wo ich mich beim Verband nationaler Soldaten meldete. Von diesem Verbande spie wie von dem dortigen Vorständen der Deutschnationalen, Studienrat Dr. Böcker, wurde ich mit Geld unterstützt und zu dem Mitglied des Reichsrats, Baron v. Knigge, Gernau, Kreis Platon in Westpreußen, geschickt. Baron v. Knigge nahm mich drei Wochen lang auf und stellte mir in seiner Eigenschaft als Amtsverwalter eine Reihe gefälschter Papiere (Ausweis mit Lichtbild, Invalidentaxe, Abmeldung, Arbeitsbescheinigung, polizeiliches Führungszeugnis) aus, die er mit den amtlichen Stempeln und seiner Unterschrift versehen. Diese Papiere liegen jetzt noch bei meinen Akten der Schutzpolizei zu Neudlinghausen i. B., deren Beschlagnahme inzwischen verfügt ist. Der Gutsverwalter des Barons, Frische, kann bezeugen, daß der Baron zu diesem Zwecke die Stempel und Vorbrude aus dem Amtszimmer holte, wobei Frische noch bemerkte: „Der kann sich mancher verrecken, der gefucht wird, hier ist alles da!“ Nachdem mir Baron v. Knigge noch 1000 M. ausgehändigt hatte, fuhr ich nach Halle a. S., wo ich mich zur Empfangnahme weiterer Gelder bei Rechtsanwält Hirsch einfinden sollte. Hirsch gab mir neue 3000 M. unter der Bedingung, ins Ausland zu gehen, um Hubert den Weg nach der Heimat frei zu machen. Ich fuhr jedoch nach Berlin, wo ich mich bei dem mir schon vom Eberthel her bekannten Hauptmann Siebert in der Neuen Kantstraße, Charlottenburg, meldete, der mir einen geschlossenen Brief übergab mit der Anweisung, mich mit diesem Briefe bei der Schutzpolizei Neudlinghausen vorzustellen. Ich fuhr nach Neudlinghausen und wurde sofort bei der dortigen Schutzpolizei in die erste Hunderstube unter meinem falschen Namen und mit den von Baron v. Knigge gefälschten Papieren eingeliefert. Als ich die Organisation C, vor allem Kornatowski-München, wieder an mich wandte, und Arbeit (politische Gefundungen usw.) von mir verlangte, ging ich heimlich von Neudlinghausen fort. Als ich wieder nach Berlin kam, wurde ich hier von dem Führer Hubert, Sohn eines Gefängnisdirektors aus Tegel und Pöbensee, den ich von der Gardakavallerie-Schützenbataillon her kannte, wieder zu mehreren Sitzungen der Geheimorganisation geschickt, über die ich in den nächsten Tagen noch besonders berichten werde, habe aber keinerlei Aufträge mehr angenommen.

Zum Schluss möchte ich noch feststellen, daß ich nicht nur von der Deutschnationalen Fraktion des Reichstags, sondern auch von der Fraktion der gleichen Partei des Preussischen Landtags durch die Vermittlung des deutschnationalen Abgeordneten für den Wahlkreis Merseburg, Rektor Louis Herrmann (Friedrichsdorf) unterstützt worden bin. Dieser selbe Abgeordnete sagte mir, daß ich bei Hirsch-Galle a. S. noch weitere und größere Summen erhalten könne. Ferner habe ich mir im Büro der Deutschnationalen Partei in der Bernburgerstraße bei Herrn Hauptmann Scharrerstein Geld abgeholt.

Sollten Sie, Herr Staatsminister a. D. Herrat, an diesen Tatsachen noch nicht Genüge finden, so bin ich gern bereit, Ihnen noch weitere Personen Ihrer Partei zu nennen, welche rechtspolitischen Verbrechen mit Mitteln unterstützen.

In gebührender Hochachtung
Felix Claus, Zeit, z. B. Berlin.

Einer der Mörder Rathenau verhaftet

Berlin, 29. Juni. (Amtlich.) Einer der Mörder des Außenministers Dr. Rathenau, der 21 Jahre alte Ernst Werner Tschow, ist heute vormittag in der Nähe von Frankfurt a. O. verhaftet worden. Er ist derjenige, der das Auto gesteuert hat. Die Meldung, daß auch die beiden anderen Mörder ergriffen worden seien, bestätigt sich nicht.

Berlin, 29. Juni. Der als Mittäter an der Ermordung des Reichsministers Rathenau in Frage kommende Ernst Werner Tschow ist bei der Berliner Abteilung 1a des Polizeipräsidiums am Mittwoch und Donnerstag nachmittags in eingehendes Verhör genommen worden. Im wesentlichen ist er geständig. Er gibt zu, von dem Mordplan gewußt und bei der Mordtat den Kraftwagen gelenkt zu haben.

Ueber die schnelle Enttarnung des Mordkomplottes erzählt das „Berliner Tagblatt“ u. a. folgendes: In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde im Berliner Westen ein Genosse der Mörder verhaftet. Er leugnete zunächst jede Mitäterschaft. Als man ihm aber plötzlich mehrere vorher verhaftete Freunde gegenüberstellte und er sich in schäner Widerrede mit ihnen verwickelte, brach der Mann zusammen und gestand alles. Durch sein Geständnis wurde die Spur der Mörder klar aufgeleuchtet. Den Namen dieses Mannes gibt die politische Polizei aus bestimmten Gründen noch nicht bekannt. Seine Aussagen haben aber gestern bereits zur Wiederverhaftung des Kapitänleutnants Manfred v. Klinger geführt.

Ueber die Verhaftung des verhafteten Ernst Werner Tschow erzählt die „B. Z. M.“, daß er der zweite Sohn des verstorbenen Berliner Magistratsrats Tschow ist. Er hat noch zwei ältere Brüder, von denen der älteste Bankbeamter, der jüngste ein 16jähriger Mittelschüler ist. Ueber die Verhaftung des Tschow erzählt das gleiche Blatt, daß er am Sonntagabend mit dem D-Bus nach Halle gefahren ist und dort bei Freunden Unterkunft gefunden hat. Am Montagabend fuhr er dann von Halle nach Frankfurt a. O., wo er von Polizeibeamten aufgegriffen wurde, die erfahren haben, daß er sich bei seinem Onkel auf einem Rittergut in der Nähe der Stadt aufhalte. Das Gut wurde umstellt. Tschow verweigerte bei seiner Verhaftung Gegenwehr zu leisten, ergab sich aber der Liebermacht.

Wie berichtet wurde, ist das Mörder-Auto von der Berliner Kriminalpolizei aufgefunden und beschlagnahmt worden. Der Garagenbesitzer, in dessen Autoschuppen der Wagen gefunden wurde, machte folgende Angaben: Am Vorabend des Mordtages kam zu ihm ein Chauffeur, der erklärte, er wolle seinen Wagen bei ihm unterstellen. Sein Herr würde erst am nächsten Tage kommen können und dann die Garage für mehrere Tage mieten. Der Chauffeur erklärte dann, daß er eine längere Fahrt über Land hinter sich hätte und daher den sehr verkleinerten Wagen reinigen müsse. Dies tat er dann auch. Am anderen Morgen kam der Chauffeur wieder mit dem Herrn, er müsse jetzt seinen Herrn mit dem Automobil irgendwo abholen. Er würde dann zurückfahren, um die Garage zu mieten. Der Garagenbesitzer willigte ein, und der Chauffeur fuhr mit dem Auto davon. Es war dies, wie inzwischen festgestellt wurde, kurze Zeit vor Verübung des Mordes. Mehrere Stunden nach der Ermordung kehrte der Chauffeur mit dem Wagen zurück, aber — wieder ohne seinen angeblichen Herrn. Auch diesmal war der Wagen sehr bestaubt, so daß der Garagenbesitzer angeblich annahm, der Wagen müsse wieder eine Ueberlandfahrt gemacht haben. Abermals erklärte der Chauffeur, daß der Besitzer des Wagens später kommen würde und entfernte sich dann. Sowohl der angebliche Besitzer wie der Wagenführer kamen jedoch nicht mehr wieder; es kümmerte sich von Samstag an überhaupt niemand mehr um den Wagen. — U. a. wurde in dem Auto noch eine Patronen gefunden. Auffallend ist, daß der Garagenbesitzer keinerlei Mitteilung von herrenlosen Automobilen machte, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß der Mord Rathenau von einem Auto aus vor sich gegangen war.

Weitere Mitwisser und Mittäter

Berlin, 29. Juni. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Die Berliner Polizei hat den Leutnant v. H. und St. v. den Reichs R. Günther verhaftet, dem nicht nur die Mitwisserschaft, sondern auch die Beihilfe zum Mord an Rathenau nachgewiesen worden ist. Günther war sowohl bei den Verhaftungen, die sich um den Plan des Mordes drehten und die in einem Berliner Vorort stattfanden, anwesend, als auch den Tätern in jeder Weise behilflich. Er hat für den Mörder Tschow die Garage ausfindig gemacht, in der das von auswärts kommende Auto, das zur Ausführung des Mordes benutzt wurde, untergestellt werden konnte.

Wie der amtliche preussische Pressedienst weiter meldet, ist Günther Mitglied verschiedener rechtlichstehender Organisationen. In seinem Besitze wurden Briefe von Helfrich Ludendorff, Jasso und Westary gefunden.

Berlin, 29. Juni. (Priv. Tel.) Nach einer Meldung der „Neuen Berliner Zeitung“ hat sich die Berliner Polizei in den Besitz des Wapbynesch gegen Dr. Rathenau gefast. Einige Verhaftungen haben noch bevor. Das in einer Garage aufgefundenen Auto ist von seinen eigentlichen Besitzern den Mörder zur Verfügung gestellt worden. Wie das gleiche Blatt mitteilt, ist der Kapitänleutnant Tilleffen der Bruder des Erzbergmörders gestern in das Berliner Polizeigefängnis eingeliefert worden. Es sei ihm gelungen, sein Alibi für die Zeit des Mordes an Rathenau ziemlich einwandfrei nachzuweisen. Er werde aber noch in Haft behalten, da angenommen wird, daß er das Attentat auf Scheidemann entweder selbst ausgeführt oder begünstigt habe.

Die bis jetzt festgenommenen

Berlin, 29. Juni. (Amtlich.) Die der Teilnahme an der Ermordung des Ministers Rathenau überführten Personen, die von der Abteilung 1c des Berliner Polizeipräsidiums

ermittelt und festgenommen wurden, sind: 1. Kaufmann Rich. Schütt, 2. Kaufmann Franz Dittel-Berlin, die Besitzer der Autogarage, wo der zum Nord gehörende Kraftwagen untergestellt wurde, 3. der Gymnasiast Gert Tschow in Berlin, 4. Student Wilhelm Günther in Berlin, 5. der Gymnasiast Heinz Stübner in Berlin.

Der unter Ziffer 3 Genannte ist der Bruder des bereits ergriffenen Mörders Tschow. Gert Tschow und Heinz Stübner waren die Mitwisser bzw. die Urheber des Nordplans. Schütt und Dittel waren Mitwisser bzw. Begünstiger des Nordes. Die Festnahme weiterer Teilnehmer an der Nordtat steht zu erwarten.

Strenge Maßnahmen gegen die Geheimorganisationen

WTB, Berlin, 29. Juni. Die Ergebnisse der Untersuchung gegen die Mörder Rathenau und ihre Hintermänner haben gezeigt, daß es sich auch diesmal wieder um Mitglieder der sogenannten Organisation „C“ handelt. Die Reichsregierung sah sich infolgedessen im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten in die Notwendigkeit versetzt, im Interesse des Staates und der wirksamen Fortführung der Untersuchung zu sofortigen Maßnahmen zu greifen, ohne die geplante gesetzliche Verordnung zum Schutze der Republik abzuwarten. Es wird deswegen der aufgrund des Art. 48 der Verfassung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten eine Ergänzung hinzugefügt werden, die alle Teilnehmer und Mitwisser solcher Organisationen trifft. Weitere Zusätze stellen unter Strafe Verleumdung und öffentliche Beschimpfung der Opfer von Gewalttaten, die Unterstützung von geheimen Organisationen mit Geldmitteln und erzwungenen das Verbot von periodischen Druckschriften, die sich einer zur Unabhängigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung schuldig machen. Der Text der ergänzenden Verordnung wird gleichzeitig bekanntgegeben.

In Artikel I der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 29. Juni heißt es: Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch Töten zu beseitigen, werden mit Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Ebenso werden bestraft Personen, die eine solche Vereinigung wesentlich mit Geld unterstützen.

Die Organisation C

Die staatliche Pressestelle Hamburg teilt mit: Bei der Untersuchung, die von der Polizeibehörde in der Angelegenheit der Sprengstoffattentate in Hamburg geführt wurde, ergab sich der begründete Verdacht, daß die Täter einer politischen Geheimorganisation angehörten, die sich über das ganze Reich erstreckte. Kriminaloberinspektor Kuffeld, der Leiter der Zentralstelle, sammelte mit seinen Beamten in der Laufbahn der weiteren Nachforschungen, die unter der Leitung des Reichspräsidenten geführt wurden, das folgende Material über die Vorbereitung und Ausführung des Nordes an Minister Rathenau:

Die in der Angelegenheit der Hamburger Sprengstoffattentate festgenommenen gehörten einer in Gruppen gegliederten Abteilung an, die unter Führung des verhafteten Friedrich Warden, eines früheren Offiziers, stand. Die Abteilung Warden war in die Organisation C, die sich in Provinzial- und Landesunterverbände ordnet, eingegliedert. Die Organisation C hat ein Spreng- und Nordversteck, das die Befreiung politischer Persönlichkeiten auszuführen hatte. Dessen Kommando gehörten u. a. die vom Polizeipräsidium Berlin jetzt genannten Mörder Rathenau an. Es war beabsichtigt, etwa 12 führende jüdische Persönlichkeiten zu beseitigen, zu denen auch Rathenau und Theodor Wolff vom „Berliner Tagblatt“ und Max Warburg gehörten.

Auch über das Attentat auf Scheidemann wurden Ermittlungen gemacht, die ergaben, daß es von den gleichen Kreisen

ausgeführt worden ist. Der Polizeipräsident schickte mit diesen Feststellungen sofort einen Beamten nach Berlin, der am Dienstag dort eintraf. Die Berliner Polizeibehörde nahm darauf die weiteren Nachforschungen auf, die im Zusammenhang mit dem bereits vorliegenden Material zur Ermittlung der Persönlichkeiten der Nordtat führten.

Reichstagsauflösung?

G. Sch. Die Situation im Reichsparlament hat sich in den letzten zwei Tagen so gestaltet, daß die Auflösung des Reichstages in aller nächste Nähe gerückt ist. Um zwei Fragen geht es: um die Getreidemenge und um Gesetze, die endlich die Handhabe bieten, um Durchgreifendes zum Schutze der Republik tun zu können.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die zum Teil in Vorbereitung sind und die zum anderen Teil sofort von der organisierten Arbeiterklasse wie auch von den Demokraten und von einem Teil des Zentrums gefordert werden, müssen, wenn sie wirksam sein sollen, tief eingreifender Natur sein, sonst sind sie eine Gefahr, weil das Vertrauen des Volkes restlos verloren gehen würde. Wirksam werden Gesetze werden aber solcher Natur sein, daß sie Verfassungsänderungen bedingen. Dazu bedarf es im Reichstage einer doppelten Mehrheit: es müssen zwei Drittel der Reichstagsmitglieder anwesend und von ihnen wiederum zwei Drittel für die Verfassungsänderung stimmen, wenn sie gültig sein soll. Die Deutschnationalen, die Volkspartei und die Bayerischen Bauernbündler (die im Grunde genommen Zentrumskräfte sind) werden für scharfe Bestimmungen nicht zu haben sein und sie sind zahlenmäßig so stark, daß sie eine Zweidrittelmehrheit verhindern können.

Es wäre aber unerträglich für die sozialistische Arbeiterklasse und hoffentlich auch für alle wirklich republikanisch gestimmten Kreise des Bürgertums, daran die Aktion gegen die menschenmörderischen Töter der Republik scheitern zu lassen. Es müßte also an das Volk appelliert und ihm die Entscheidung zugeworfen werden, ob die Republik verteidigt werden, oder ob sie den monarchistisch-militaristischen Staatsstreikern ausgeliefert werden soll.

Wir sprechen es hier ganz offen aus, daß wir weder allen Zentrumskräften noch allen Demokraten zutrauen, daß sie konsequent den Kampf gegen die monarchistisch-militaristische Reaktion mit durchzuführen bereit sind. Schon da werden viele von ihnen zurücktreten, wenn gegen die Richter wie gegen die Beamten entsprechende Bestimmungen geschaffen werden sollen.

Also mag das Volk entscheiden und es wird dann liegen, wie es sich bei einer Neuwahl bettet.

Aber auch bei der Getreidemenge scheint uns die Verhängung sehr schwer zu sein. Unter der Führung des Abg. Böhmere bereiten hier besonders die Demokraten erhebliche Schwierigkeiten. Die Anträge sowohl des Zentrums wie der Demokraten bedingen auch für die ersten Monate der neuen Ernte einen Vortpreis, der auf reichlich zehn Mark für das Wund Brot zu stehen kommt. Mit einer Verdoppelung des heutigen Vortpreises muß allerdings gerechnet werden. Selbstverständlich trägt die Sozialdemokratie allen berechtigten Forderungen der Landwirtschaft Rechnung; das nicht zu tun, wäre natürlich grundverfehlt. Aber was die vom Reichslandbund ausgetretenen Agrarier fordern, das geht über das notwendige wie über das erträgliche Maß hinaus.

Also wiederum: möge das Volk, das die Vortpreise bezahlt muß, entscheiden, welche Haltung in dieser Frage seiner Auffassung entspricht.

Wir wissen, daß eine Reichstagsauflösung sicher auf das Ausland wenig günstig wirken wird; wir wagen auch nicht zu widersprechen, wenn gegen die Auflösung ins Feld geführt wird, daß die Mark noch weiter sinken werde. Das alles ist schätzenswert, aber weit schmerzlicher ist, wenn die Regierung nur die schrankenlosen agrarischen Ansprüche befriedigt und außerdem auch noch im Kampfe zur Verteidigung der Republik versagen würde. Das müßte zu einer inneren Katastrophe von ungeheuren Ausmaßen führen.

Dem möglichen oder sogar wahrscheinlichen Ausgange der Wahlen sehen wir in der gebotenen nächsteren Beurteilung entgegen. Ist eine Verhängung möglich, die nicht dem Interesse der Allgemeinheit widerspricht, ist auf ihr die Verteidigung der Republik gefundat, sonst aber für die Auflösung ein. Und das ist auch die Auffassung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Haltung Bayerns

Erklärungen des Grafen Lerchenfeld im Landtag

München, 28. Juni. Der bayerische Landtag beschäftigte sich mit den Interpellationen der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei, die eine Erklärung über die Stellungnahme der bayerischen Regierung zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni über den Schutze der Republik forderten. Der Redner der bayerischen Volkspartei, Abg. Stang, brandmarkte den Nord an Rathenau, erinnerte aber daran, daß die Verhängung seitens der ehemaligen Feinde eine Atmosphäre geschaffen habe, in der bei ungenügender und Panikmache der Vorzugsbefugnisse erwacht sei. Seine Partei müsse die Verordnung ablehnen, weil sie sich in erster Linie gegen rechts richtet und verlange von der bayerischen Regierung sofort Schritte, damit die Verordnung gesetzlich so gefaßt wird, wie es die Pflicht auf die einzelnen Länder erfordere. — Als der Redner der bayerischen Mittelpartei, Abg. Dr. Albert, bei der Begründung der Interpellation seiner Partei seine Rede ebenfalls mit einer Verurteilung des politischen Wortes einleitete, verließen die sozialistischen Parteien und die Kommunisten den Sitzungssaal. Auch Dr. Hilbert lehnte die Verordnung als ein Unzumutbares gegen rechts und als Eingriff in die Justiz- und Polizeigewalt der Länder ab.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld erklärte, die bayerische Regierung habe sich sofort auf die Maßregeln der Verordnung Rathenau an die Reichsregierung mit dem Ersuchen gewandt, teilerweise Verordnungen ohne vorherige Verhängung mit den Ländern zu erlassen und gleichzeitig zum Ausbruch gedrückt, daß sie für Bayern keinen Anlaß zu außerordentlichen Maßnahmen, namentlich nicht zur Verhängung eines Ausnahmezustandes sehe, daß vielmehr Ausnahmemaßnahmen eine beunruhigende Wirkung haben würden. Als die Gründe der beiden Verordnungen Bayern vorher mündlich bekanntgegeben wurden, hat Bayern durch seinen Vertreter seinen Standpunkt noch ausdrücklich hervorgehoben lassen. Die Verordnungen seien unter den ersten Umständen mit einseitiger Einstellung erlassen. Die bayerische Staatsregierung erkenne an, daß in den Verordnungen die Zuständigkeit für die Erlassung politischer Maßnahmen primär den Landesbehörden überlassen wird. Die wesentlichen Gründe weshalb die bayerische Regierung sich mit dem Inhalt der Reichsverordnung nicht einverstanden erklären kann, ist zunächst die Ausdehnung des Schutzes auf die früheren republikanischen Regierungen und deren Mitglieder; ferner die einen schwereren Eingriff in die von der Reichsverfassung garantierte Justiz- und Polizeigewalt der Länder darstellenden Vorschriften über den Staatsgerichtshof.

Nach dem Ministerpräsidenten sprachen die Abg. Adersmann (Soz.) und Reichel (U.S.P.). Sie erinnerten daran, daß bisher die Einzelstaaten, namentlich auch die Justizbehörden, in der Verfolgung strafbarer Handlungen gegen den Bestand des Reiches durchweg versagten.

Die Islandfischer

Von Pierre Loti (Fortsetzung)

Schritte auf dem Pfad? Wer kommt? Gaud richtete sich gerade auf, rückte ihre verschobene Haube zurecht und suchte ihre arbeitenden Hände zu befeuchten. Die Schritte kamen näher und näher war jemand an der Tür. Sie versuchte sich das Ansehen zu geben, als wäre sie zufällig hier, denn noch wollte sie um alles in der Welt nicht als die Frau eines Schiffbrüchigen gelten.

Und gerade mußte es heute Nacht sein, die Frau des Zweiten von der „Reopodine“! Sie begriff augenblicklich, was Gaud ihr sagte, und sich vor ihr verstellen zu wollen, war unmöglich! Stumm kamen die unglücklichen Frauen doreinander, erschrocken und doch so unangenehm davon berührt, daß der Jüngling der einen bloß vor der anderen lag, daß sie einander zürnten.

Die von Arquier und von Saint-Vienne sind alle schon seit acht Tagen da“ sagte Gaud flüsternd in gereiztem Ton und mit dumpfer Stimme. Sie brachte eine Kerze, um ein Gelächter zu tun.

Ein Gelächter! Gaud hatte noch nicht an dies Trostmittel der Bergweiber denken wollen! Jetzt aber trat sie hinter Marie in die Kapelle ein, wo sie nebeneinander niederknieten wie zwei Sternchen.

Andrümliche Gebete stiegen aus ihren Seelen zur Jungfrau Maria, dem Stern des Meeres auf. Bald aber vernahm man lautes Schluchzen, und die lange zurückgefallenen Köpfe senkten sich zur Erde.

Mit neuer Hoffnung und fast getrübt erhoben sie sich. Gaud sträubte jedoch; Marie schloß sie in die Arme und küßte sie innig. Und nachdem sie ihre Tränen abgemischt, den Salpeterlauf von den Köpfen geschüttelt und ihr Haar ein wenig geordnet hatten, traten sie nach verschönten Richtungen hin den Heimweg an. Es war kein weiteres Wort zwischen ihnen gewechselt worden.

In diesem Jahr war der Herbst so schön, daß man ohne die fallenden Blätter und einzelnen grauen Regentagen sich fast noch im Sommer hätte wähnen können. Und sonnig war es auch in den Bergen: Ehemänner, Verlobte, Liebhaber waren zurückgekehrt, und überall erblühte den Menschen ein neuer Liebesfrühling.

Eines Tages wurde ein Schiff auf hoher See signalisiert. Welches? von den beiden noch fehlenden würde es wohl sein, ad welches?

Sogleich bildeten sich Gruppen von Frauen, und mit angeworbenen Herzen eilten sie schweigend an den Strand. Auch Gaud war da; bleich und ättern stand sie neben Hanns Vater.

„Ich denke, daß sie's sind“, sagte der alte Fischer, „man sollte es sicher glauben! Das Deck ist rot und sie haben ein

Wardsegel aufgerollt — das sieht ganz so aus, als wenn sie es wären. Was meinst du, liebe Tochter?“

„Und doch, nein“, fuhr er plötzlich ganz niedergedrückt fort. „nein, wir täuschen uns, sie sind es nicht; das ist nicht ihr Klüber, und sie haben auch einen Rodmast. Diesmal ist es die „Marie-Neame“. Aber sei nur getroßt, mein liebes Kind, jetzt können sie nicht mehr lang aufbleiben!“

In einig gleichem unerbittlichen Wechsel bergingen Tage und Nächte.

Gaud fuhr fort sich sorgfältig zu kleiden, nur um nicht wie das trostlose Weib eines Schiffbrüchigen auszufallen. Während sie andere mittelreich oder geheimnisvoll an, so war sie innerlich außer sich, und wich den Leuten mehr und mehr aus. Es war ihr zur Gewohnheit geworden, jeden Morgen nach Vordünen zu gehen; sie nahm ihren Weg aber hinter dem Haus der Schwiegereltern weg, um nicht von Mutter und Schwestern gesehen zu werden, und dort auf der äußersten Sandspitze, welche in Form eines Keilförmigen Insel Meer hinausragt, verbrachte sie die Tage, indem sie am Fuß des Krüppelbaums saß, das dem weiten Meere zugesehrt ist.

Solcher Strukturreize gibt es viele; auf hohen Klippen angeordnet, scheinen sie das Meer um Gnade für die armen Menschen anzuheben zu wollen, das nimmer ruhende Ungeheuer, welches die Seeleule anzieht und verschlingt; und zwar mit Vorliebe die Schwänke und tapfersten.

Die niedrigen regelnmäßigen auf der Höhe um das Kreuz her waren das ganze Jahr über grün; die Meeresluft war sehr rein hier oben auf diesem letzten Fiedchen Erde; sie hatte kaum mehr den salzigen Geruch des Seetanges, führte hingegen bläulichen Herbstduft mit sich. Weisheit zeichneten sich die Einbildungen klar und deutlich ab; die Gestirne der Dreilage sind sehr gütig, und die Fäden verlaufen sich in das endlose Meer, das an solchen stillen Tagen mit lieblosem Gemurmel den Fuß der Klippen bespült; ein Spiel, das es in allen Buchten wiederholt, und weiter hinaus trübe nichts seinen Spiegel. Wie ruhig lag es da, das tiefstehende Meer der Gaus; unbedeutend behielt es sein Geheimnis für sich, und schlug mit sanftem Wellenschlag auf den Strand.

In bestimmten regelmäßigen Stunden trat die Ebbe ein; dunkle Flecke wurden überall sichtbar, als wollte sich das Meermeer langsam entleeren, und eben so langsam bedeckte sie die Flut, die höher und höher hinauf im ewigen Wechsel des Kommens und Gehens der Gewässer, unbekümmert um die Toten, die ihre Klippen bespült.

Und am Fuß des Kreuzes saß Gaud und schaute nimmer müde so lang auf das Meer hinaus, bis sie nichts mehr sehen konnte.

Der Herbst ging zu Ende. Gaud schlief nicht mehr und vermochte nichts mehr zu essen. Nach dem Strande ging sie nicht mehr; sie blieb jetzt dohnein, wo sie zusammengekauert auf einem Schmel soß, mit beiden Händen die Arme umschlungen hielt und den Kopf an die Mauer gelehnt. Wozu sich aufheben und abends sich niederlegen? Sie blieb Tag und Nacht in den Klip-

pen, und war sie ganz erschöpft, so warf sie sich, wie sie ging und stand, für eine Weile auf ihr Bett. Außerdem sah sie immer wie erhärtet da; sie trat bei der Unfähigkeit, und die Hände schlugen ihr oft zusammen, als schüttelte sie der Frost. Der Kopf schmerzte, ihre Hände wurden schlaffer und die Lippen betrockneten bei dem fieberhaften Zustand. Manchmal entronnen sich der Seele fester, feurigerer Töne, die sich eine ganze Weile lang schwebte mit der Atmung wiederholten, während der Kopf an die Mauer schlug.

Zu anderen Zeiten rief sie Hanns Namen leise und zärtlich, als wäre er nicht bei ihr, sprach zu ihm und sagte ihm süße Liebesworte. Morgen oder Abend war gleich; am Abend war das Muttergottesbild von Steinigt und das Weihwasserbeden darunter einen langen Schatten, der bis auf das Holzwerk ihres Bettes fiel. Sie wollte auch gar nicht mehr wissen, welcher Wochentag oder Datum es war, und redmete sie, weil soam ihr Mann da sein könnte, da dachte sie Verzweiflung und presste ihr einen Angschrei aus.

Für gewöhnlich hat man keine Anzeichen dafür, wenn ein Schiff in Island zu Grunde gegangen ist; entweder haben die Zurückgebliebenen das Trauerspiel von fern mit angesehen, irgendwo landet eine Leiche oder ein Stück des Brodes, und man weiß abdam, was geschehen ist. Von der „Reopodine“ wußte aber niemand etwas. Die Mannschaften der „Marie-Neame“ waren die letzten, die sie gesehen hatten — das war am 2. August gewesen — danach mußte sie noch weiter nach Norden zum Fischer gefahren sein, und vor da an blieb alles ein undurchdringliches Geheimnis.

Schredlich, immer warten und warten zu müssen! Wann würde sie aufhören auf ihn zu hoffen? Wieder eine schreckliche Gewissheit, als das einseitliche Gehen und Wanken! Gaud muß an eine baldige Entscheidung herbei zu sehen.

Gätten die Menschen doch nur die Darmvergiftung es ihr zu sagen, wenn er tot war! Wüßte sie ihn doch nur sehen — aber was noch vor ihm übrig war! — Würde doch die Jungfrau Maria, die sie so heiß darum angefleht, oder ein anderer mächtiger Heiliger für die Gnade erwirken und ihr in doppeltem Gesicht Hann für eine einzige Minute sehen lassen wie er gerade war — gesund am Steuer und auf der Heimreise begriffen, aber tot auf dem Meeresgrund, aber nur wissen, wie es um ihn stand, ach, nur Gewissheit haben!

Wannmal bildete sie sich ein, das Segel der „Reopodine“ käme jetzt eben am Horizont in Sicht. Dann machte sie eine unwillkürliche Bewegung, um sich zu erheben — hinaus zu laufen und nachzusehen, ob es wahr sei — doch kam sie können darf ihren Sitz zurück. Wo war sie überhaupt, die „Reopodine“? Im Meer von Island auf jeden Fall, wahrscheinlich aber verloren, und verlassen, gebohren oder als Brand dahintreibend!

Diese letztere Vorstellung setzte sich endlich so in ihrem fiebernden Hirn fest, daß sie Tag und Nacht davon gequält und gepeinigt wurde, ein halbzerstörtes Schiff auf grauem Meer treiben zu sehen: lautes Schreien es kam die zum Hören in der schauerlichen Stille auf den toten Gewässern des Nordischen Meeres. (Schluß folgt.)

Frauenfragen — Frauenschutz



Unterricht im Sozialismus

Von Leopold Jacoby

Janus flüstert:

Aber in dem neuen Leben,
Wenn die schönere Sonne scheint,
Wird es dann auch Rüsse geben,
Werden Tränen auch gemeint?
Und die Mädchen und die Frauen
Welche Stelle haben sie?
Wirkfam frei will ich sie schauen,
Sonst mag ich die Zukunft nie!
Sei berührt, süßes Leben,
Wonn' und Weh bleibt stets vereint!
Rüsse werden auch gemeint,
Tränen werden auch gemeint.
Und die Mädchen und die Frauen
Schwingen sich empor und frei
Wirkfam schaffen sie und bauen
An dem neuen Weltgebäude!

Frauenfragen — Frauenschutz

Nach den ungeheuren Verwüstungen, die der Weltkrieg der gesamten Menschheit gebracht hat, muß insbesondere in Europa ein geradezu gigantischer Werk des Wiederaufbaus erfolgen. Dazu ist die Mitarbeit der Frauen unerläßliche Voraussetzung. Unentbehrlich ist im modernen Wirtschaftsleben die Frauenarbeit. Mit ihrer gewaltigen Ausdehnung hat aber der Frauenschutz nicht Schritt gehalten. Ohne durchgreifenden Frauenschutz, der die physische, wie geistige Entwicklung der Frauen sichert, ist die körperliche wie die sittliche Wiederaufrichtung der durch den Krieg niedergeworfenen Menschheit unmöglich. Die Frauen haben bei uns im allgemeinen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie die Männer erlangt; die Frauen zur guten, dem Allgemeinwohl dienenden Ausübung dieser Rechte zu erziehen, ist Lebensnotwendigkeit für die Gesellschaft wie für den Staat. Die erwerbsfähigen Frauen müssen zu Kämpferinnen nicht nur für ihre Interessen, sondern auch zu Kämpferinnen für den Sozialismus herangebildet werden. Diese Aufgabe ist so groß wie sie wertvoll ist. Sie wird naturgemäß nur in langamer, säuberlicher und opferbereiter Tätigkeit erfüllt werden können.

Die Arbeiterpresse muß daher den Frauenfragen wie dem Frauenschutz eine noch größere Bedeutung beimessen, als es bisher schon geschehen ist. Wir versuchen den Nachdruck zu tragen, indem wir mit der heutigen Ausgabe des „Volksfreund“ beginnen, wöchentlich eine Beilage geben, in der ausschließlich die Fragen des Frauenschutzes eine Stätte der Erörterung finden sollen. In geeigneter Weise soll auch das Unterhaltungsbedürfnis Berücksichtigung finden. Wir hoffen auf die Mitarbeit der Frauen und auf ihre Unterstützung.

„Frauen, Friede, Freiheit“

Ueber dieses Thema veröffentlicht Goldscheid sehr bemerkenswerte Aufsätze. Er zeigt uns, wie die Gewalttätigkeit, der Fanatismus der zerschmetternden Faust, immer erneut auf uns bedrückt. In der Formel: Friede durch Gewalt erblicken die meisten Staatsmänner die einzig „realpolitische“ Möglichkeit. Die Welt ist materiell, physisch und moralisch ein einziger großer Herd der Verwüstung; vernünftig ist die große internationale frauenhaften Elends, die Menschheit ist im Wahnsinn der Gewalt geirrt. Diese Realpolitik ist in Wahrheit nichts anderes als Kampf gegen die Wirklichkeit, Kampf gegen die in unserem Wesen wurzelnden Gedanken, Kampf gegen den Glauben, daß der einzelne Mensch, daß das einzelne Volk sich dem Ganzen ein- und unterzuordnen habe.

In der Erkenntnis, daß alle sozialen Probleme nur international lösbar sind, fordert Goldscheid Pazifizierung und Revolutionierung des Geistes.

„Weber Elend noch Ausbeutung, weder Ungerechtigkeit noch Gewalt sind zu beseitigen, solange jedes einzelne Volk seine Interessen unbeschränkt um die Lebens- und Kulturnotwendigkeiten anderer Völker zu befriedigen sucht. Der Nationalismus, der rücksichtslos über Leiden stürmende Nationalismus, das ist der Feind der Menschheit, in dem unser Zeitalter sich selbst vernichtet.“

In der ungeduldeten widerrechtlichen Eigentumsverteilung zwischen den Einzelnen wie zwischen den Völkern, erkennt Goldscheid die Wurzeln des Klassenhasses sowohl wie des Völkerrasses. Sie bedingen und stärken sich gegenseitig. Darum muß aller sozialer Kampf in erster Linie wirtschaftlich geführt werden. Bedenkt man aber, von welcher Tragweite bei allen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der geistige und moralische Zustand der Menschen ist, welche die Umwälzungen erstreben und durchzuführen, so muß man zu der Erkenntnis kommen, daß wir vor allem neben den wirtschaftlichen Anforderungen eine neue seelische Einstellung der Menschen zur Welt brauchen. Eine Einstellung, welche sie die Enge ihres egoistischen Denkens und Fühlens überwinden läßt.

Die Frau ist ihrer Natur nach die berufene Kämpferin gegen das Gewaltprinzip, die Vertreterin der Friedensidee. Darin besteht ihre weltanschauliche Aufgabe. Wie die gesamte Arbeiterklasse, so muß auch das bisher unterdrückte Frauen Geschlecht im Sozialismus und dessen Verdrückerung mit dem

Pazifismus das Ziel erblicken. Die Welt braucht einen härteren weiblichen Einschlag, soll uns die Wirklichkeit nicht feilsch entgleiten. Die Verhältnisse selbst begünstigen den Aufstieg der Frau. Der Herrenstandpunkt hat nämlich Schiffbruch gelitten und wird ihn immer wieder erleiden müssen. Er hat uns verdrängt, die Wirklichkeit zu beherrschen, eine sinnlose Wirklichkeit hat uns beherrscht. Die Frauen neigen von Natur mehr zur Menschlichkeit. Vertiefte Herrschaft der Menschheit soll uns in Zukunft zur wirklichen Herrschaft führen. Wir müssen uns dessen wohl bewußt sein, daß die Frau desto mehr für Gegenwart und Zukunft arbeitet, je stärker sie ihr ureigenes Wesen durchsetzt. Die große weltbürgerliche Mission der Frau besteht darin, daß die Frau der männlichen Realpolitik ihre spezifisch weibliche Politik entgegenzusetzen muß; die Frau organisiert den Frieden mit demselben Geschlecht und derselben Fähigkeit, wie der Mann von jeher den Krieg organisiert hat, sie sorgt dafür, daß jede Frau zur geistig bewußten Friedenskämpferin geschult werde durch systematische Ausgestaltung der pazifistischen Jugendberziehung, sie kämpfe jederzeit gegen jede Art von Sklaverei, Ausbeutung und Unterdrückung; sie kämpfe und verbiete die Idee opferwilliger Friedensdienstleistung, nicht nur zufälliger Kriegsdienstverweigerung.

Die Frau muß sich der heiligen Aufgabe bewußt bleiben, den Jammer und die Schande dieses Krieges nie mehr in Vergessenheit geraten zu lassen. Sie helfe die Welt schützen vor der seelischen Ausbeutung, vor dem Mißbrauch des Idealismus. Mehr Menschlichkeit, mehr Seele, das sei die oberste Forderung der Frau! Rechte Ehrfurcht vor dem Menschenleben! und nicht nur die Lebenskultur, sondern auch die Ergiebigkeit unserer Arbeit wird in höherem Maße steigen, als durch alle naturwissenschaftlichen und technischen Erfindungen. Goldscheid ruft die Frauen auf, sich um das Banner des Internationalismus zu scharen, und so schließlich den roten Herrenstandpunkt durch den Geist allumfassender Mütterlichkeit zu überwinden.

Dr. Sofie Schöpfer.

Die Prostitution wächst ungeheuer

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ druckt einen Artikel des Volksheimaten Dr. Demmler über: Die Prostitution in Wien, der einen Einblick in das erschreckende Anwachsen der Prostitution gibt. Dr. Demmler schreibt unter anderem:

Nach dem Ausbruch des Weltkrieges wurde eine bedeutende Zunahme der Prostitution und als Folge davon eine ungeheure Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten festgestellt.

Vor dem Kriege standen in Wien durchschnittlich 1700 bis 1800 Prostituierte unter regelmäßiger ärztlicher Überwachung. Wegen Ausübung der unkontrollierten Prostitution wurden durch Organe der Sittenpolizei im Jahre 1912 925 Frauen angehalten und hierauf 91 frank befunden. Unter den Angehaltenen waren 288 jugendliche (unter 18 Jahren).

Auf 100 angehaltenen Frauen entfielen im Jahre 1912 ungefähr 10, im Jahre 1913 ungefähr 13 und im ersten Halbjahr des Jahres 1914 ungefähr 7 Geschlechtskrankheiten, ferner im Jahre 1912 ungefähr 84, im Jahre 1913 ungefähr 80 und im ersten Halbjahr 1914 ungefähr 29 jugendliche.

Dieses Bild hat sich während des Krieges vollständig geändert. Die Erwerbsprostituierten traten mehr und mehr in den Hintergrund, während die sogenannten Gelegenheitsprostituierten, die einer Arbeit nachgehen und sich nur gelegentlich zur Erhebung ihres Lohnes oder ihres sonstigen Einkommens prostituierten, immer zahlreicher wurden.

In welchem Maße sich die Prostitution in den letzten Jahren ausbreitet hat und welche gefährlichen Formen sie angenommen hat, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1919 6666 und im Jahre 1920 7627 Frauen durch polizeiliche Organe wegen Ausübung der unkontrollierten Prostitution angehalten wurden, von welchen im Jahre 1918 1480, also 25,9 Prozent, im Jahre 1919 1725, also 25,9 Prozent, und im Jahre 1920 1834, also 24,1 Prozent, geschlechtskrank waren.

Wird die Zahl der im Jahre 1920 wegen unkontrollierter Prostitution angehaltenen Frauen (7627) mit der Zahl der weiblichen Bevölkerung in Wien (900 212 nach der Volkszählung vom Jahre 1920) verglichen, so zeigt sich, daß auf je 10 000 der ortsanfänglichen weiblichen Bevölkerung 77 wegen geheimer Prostitution kommen. Dieses Bild wirkt umso erschreckender, wenn in Berücksichtigung gezogen wird, daß unter den angehaltenen jugendlichen ungefähr 46 Prozent geschlechtskrank waren.

Dazu kommt, daß die Prostituierten sich aus Gesellschaftskreisen rekrutieren, die vor dem Kriege von der Prostitution fast ganz verschont geblieben sind. Die Berufsstatistik der Prostituierten zeigt diese Verhältnisse ziemlich deutlich.

Unter den im Jahre 1920 von den Organen des Sittenamts der Polizeidirektion aufgegriffenen 3272 Frauen waren 377 Beamten, 14 Zahnärztinnen und ärztliche Assistentinnen, 8 Offiziersfrauen, 571 Angehörige des Mittelstandes ohne bestimmten Beruf, 255 qualifizierte Arbeiterinnen, dagegen nur 446 Hausgehilfinnen. Unter den Angehaltenen waren demnach 37,3 Prozent Angehörige des Mittelstandes.

Diese Zahlen wirken wie Entfaltungen, ist es doch in deutschen Großstädten kaum besser bestellt. Für den Klassenbewußten Arbeiter liefern diese Zahlen einen Beweis mehr, wie er sich mit allen seinen Kräften gegen eine Gesellschaft zur Wehre zu setzen hat, die solche Wunden am Gesellschaftkörper erzeugt.

Die Sterblichkeit der proletarischen Frau durch die Wohnung

Statistische Untersuchungen haben ergeben, daß die Sterblichkeit der Frau größer ist als die des Mannes. Besonders groß ist die Sterblichkeit der Frau in den Jahren höchster Fruchtbarkeit. Das gilt aber nur für die proletarische Frau. Die wohlhabenden Frauen haben z. B. in den Jahren, die für die proletarische Frau die gefährlichsten sind, eine geringere Sterblichkeit als die Männer, oder eine Sterblichkeit, die der der Männer gleich ist. Die Sterblichkeit der proletarischen Frauen aber ist ein- bis zweimal so groß als die ihrer wohlhabenden Geschlechtsgenossinnen.

Und unter dieser proletarischen Frauensterblichkeit haben besonders die verheirateten Frauen zu leiden. Sowohl

auf dem Lande wie auch in der Stadt ist die Sterblichkeit der verheirateten Proletarierinnen größer als die der ledigen. Leider besitzen wir keine genügenden Untersuchungen über die Verhältnisse der proletarischen Hausfrauen, doch die Anfänge, die wir besitzen, lassen uns erkennen, unter wem einem Elend die proletarischen Hausfrauen zu leiden haben, weil so viele von ihnen Hausfrau und Arbeiterin sind, sein müssen, um leben zu können.

Aber auch die Proletarierinnen, die nur Hausfrauen sind, leiden schon als solche unter dem Proletarierdasein dadurch, daß sie ihr Leben in der proletarischen Wohnung verbringen müssen. Das beweist uns eine sehr lehrreiche kopenhagener Statistik. Sie zeigt, daß die Sterblichkeit der Proletarierinnen auf dem Lande geringer ist als in der Stadt, weil die proletarischen Frauen in den Städten zumeist in ungesunden Wohnungsverhältnissen leben. Das städtische Leben als solches ist es nicht so sehr, das schädlich ist, denn bei der wohlhabenden Bevölkerung kennt die Statistik keinen Unterschied zwischen der städtischen und ländlichen Sterblichkeit. Es ist vor allem die Mietskasernen, die von solchen Schäden für die Gesundheit der proletarischen Frau ist, die Mietskasernen, in der die proletarische Hausfrau ihr ganzes Leben verbringen muß.

Und doch findet man gerade unter den proletarischen Hausfrauen noch so viel Gedanklosigkeit und Gleichgültigkeit. Wie dieses Elend denn so sein? Fordert es nicht zur Tat heraus, zum Kampfe? Darum vorwärts, proletarische Frauen! Nicht nur dulden, sondern kämpfen, daß es anders wird!

In der Telephonzelle

Von Alfred Polgar

Auf dem Sitzstuhlfleisch liegt rüchlings eine kleine alte Frau. Eine ganz verkrüppelte Zwieschage vom Lebensbaum. Es sieht aus, als ob sie hingeklopft worden, nicht hingefallen wäre. Der Straßenkehrer, der den Kot ins Kanalgitter legt, kummert sich nicht um die Alte. Wir heben sie auf. „Vor Dummer zusammengefallen!“ sagt sie. „Ich teile mein Vermögen mit ihr, auf die Gefahr hin, für einen Schmutzian gehalten zu werden.“

Sie ist, weiß der Teufel, eine Schwindlerin und dies ihr Trieb, sich aufs Klaster hin- und erschütterte Passanten hineinzuwerfen. Der Straßenkehrer kennt offenbar den Trieb, sonst würde er nicht so gleichmütig den gähen Kot ins Kanalgitter schieben. Aber ich denke, wer, um ein paar Kronen zu erwaffen, sich am helllichten Tag in den Straßendreck legt, hat die paar Kronen verdient. Er hat etwas dafür geleistet. Aus Neugier legt sich niemand aufs tiefende, kalte Klaster. Die Alte würde auch lieber Beethovens tanzen oder Robbe-Grise schreiben.

Aber das kann sie nicht. Also tut sie, was sie kann. Hat einen Einfall, führt ihn tapfer durch. Sie erregt Mitleid. Andere Weiber verdienen Geld, indem sie Aerger, Aufsehen, Gewalt, Langeweile erregen.

Die Striderin Josefine Straher aber hatte keinen Einfall. Nur die arbeitslose Idee, den Spiechbürgern „Küh!“ die Hand, Herr Graf!“ oder „Küh!“ die Hand, Frau Graf!“ zu sagen. Damit wimmerte sie sich ein paar Heller zusammen. Mühte sie jedoch nicht zur Erwerbung eines guten Buches oder zum Abonnement einer demokratischen Zeitung, sondern zum Ankauf von Schnaps. Ihr Verstand wurde hierdurch schwandeln. Oder, wie es dann im Folgebericht hieß: „Sie sank immer tiefer bis zur Untergrundlosigkeit.“

Die Nacht vom Samstag, dem ersten Februar, auf Sonntag war sehr kalt. Josefine Straher sagte wiederholt „Küh!“ die Hand, Herr Graf“, aber bei den durch und durch demokratischen Leuten verfiel das nicht. Nur ein einziger, ein Anarchist, gab ihr geschmeichelt zwanzig Heller.

Mit diesen betrat das Weib die Telephonzelle. Sie warf die zwanzig Heller in den mahlischen Spalt, das Geld blieb stecken und der Apparat, da er verdoeben war, funktionierte.

Josefine Straher wünschte irgendwie mit der Staatsraion verbunden zu werden, die es doch unmöglich zulassen könne, daß ein menschliches Lebewesen in der Kulturstadt erzieht und verhungert.

Die Staatsraion war wieder im Telephonbuch zu finden. Sie noch wußte das Ausfunksamt etwas von ihrer Existenz. Es meldete sich aber, falsche Verbindung wie so oft, das Staatsamt. Ob es sich um etwas Wichtiges handelte? Um das Befragte? Um die Steuerfluchtgeschwelle? Um die Pragmaffizierung der Offizianten? Um die Benutz des Post- und Telegraphenverkehrs? Oder gar um die Wahlen?

Hier ist die Verbindung ab. Josefine Straher war sehr traurig, denn sie hatte kein Geld mehr, um zu telephonieren. Aber ist denn das Wesentliche einer Telephonzelle das Telephon? Nein, das Wesentliche sind die vier Wände, die Enge, die Ruhe im Lärm. Die immerhin markierte Abgegrenztheit gegen Dunkel und Kälte. Die Stub-chen-Illusion.

Und von dieser Illusion lieblich umfangen, schloß die alte Frau ein. Sie träumte, daß sie telephonischen Anschluß an das Leben, daß ihre Stimme und ihre Bettelgebärde nicht mehr erreichen konnten, suchte. Verbindung mit der Güte: die war immer besetzt. Mit der Vernunft: die war taub. Mit dem Reichtum: der lag wühlig schnarrend im Bett. Mit der Firma „Alle Menschen sind Brüder“: aber dort war der Apparat für Am Ende entschloß sie sich, den baumheiligen Gott anrufen. Und die Verbindung bekam sie.

Jetzt, wenn ich ein Dichter wäre oder zumindest ein unglücklicher Dramatiker, würdet ihr „Straher Josefine“ die Dummheit“ vorgelesen bekommen. So sage ich nur: Am Sonntag Morgen fand man sie erstickt. Ein Platanenleber bedeckte das harte Lumpenhäufchen.

Mitleidig dachte er es mit seinem ardhlen Pöbel zu: „Wäh! bürgertlich-demokratisch!“

* Aus Polgars neuem Buche „Gestern und heute“, das in diesen Tagen im Verlag Rudolf Kummerer, Troden, erscheint.

Kanon

Von Paulbert v. Chamisso

Das ist die Not der schweren Zeit!
Das ist die schwere Zeit der Not!
Das ist die schwere Not der Zeit!
Das ist die Zeit der schweren Not!

Die Brotfrage im Unterausschuß

Die gestern kurz gemeldet, wurde vorgestern im Reichsausschuß für Volkswirtschaft bei der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide aus der Ernte 1922 ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung der Umlagemenge der Regierungsvorlage mit 2 1/2 Millionen Tonnen angenommen.

Die Ausschussberatungen haben nach Mitteilungen des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes folgendes Ergebnis gelehrt: Die sozialdemokratische Forderung einer Umlage von 4,5 Millionen Tonnen wurde abgelehnt; desgleichen der geforderte Umlagepreis von 6300 bzw. 6900 M. Angenommen wurde von der bürgerlichen Einheitsfront, die von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen reichte; eine Umlage von 2,5 Millionen Tonnen, ein Weizenpreis von 8800 M und ein Roggenpreis von 800 M.

Das bedeute für die Zukunft einen Brotpreis von 40 M. Trotz dieses unerwarteten Preises wird die Deutsche Volkspartei dem Gesetz über die Getreideumlage nicht zustimmen. Die Fraktion hat am Mittwoch beschlossen, die Getreideumlage abzuschaffen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich mit der beschlossenen Verringerung des Brotpreises nicht abfinden. Sie besteht nach wie vor auf die Festsetzung der Preise von 6300 M für Weizen und 6900 M für Roggen.

Die neuen Steuererhöhungen

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Regierungsvorlage über die mit den Gemeindefiskalen vereinbarten Steuererhöhungen. Die Regierung ließ erklären, daß an einen Ausbau der Wirtschaftsbetriebe nicht gedacht werden könne. Diese müßten vielmehr abgebaut werden, sobald es die Wirtschaftslage erlaube. Den Pensionären wurde Unterstützung zugesagt. Beschlossen wurde, zu dem Grundgehalt, den Diäten und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge die Summe von insgesamt 10.000 M nicht übersteigen, 160 Prozent im übrigen 105 Prozent als Steuererhöhung zu zahlen. Zu den Kinderzuschlägen wird ebenfalls eine Steuererhöhung von 105 Prozent gewährt.

Gegen die Absicht der Regierung, an Beamtenkreditkassen einen Betrag von etwa 50 Millionen Mark zur Auszahlung zu bringen, um den Beamten und Soldaten auf ihren Antrag einen von ihnen zu verzinsenden und zurückzahlenden Vorschuß zur Beschaffung von Heizmaterial zu gewähren, machte Genosse Steinkopf Bedenken geltend. Durch die Rückzahlung würde die wirtschaftliche Lage der Beamten noch schlimmer werden. Wenn die Steuererhöhungen nicht ausreichend seien, müsse man eben entsprechend höhere Gehälter zahlen. § 3, der für diese Zwecke 100 Millionen zur Verfügung stellen will, wurde angenommen. Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft, damit die Regierung mit größter Beschleunigung die Auszahlung der Mehrbeträge vornehmen kann.

Dann bewilligte der Haushaltsausschuß die von der Reichsregierung aufgestellten Richtlinien über die Gewährung einer jederzeit widerruflichen Ministerialzulage an sämtliche planmäßige angestellte sowie vorübergehend beschäftigte, planmäßige und außerplanmäßige Beamten der Reichsministerien, des Bureaus des Reichspräsidenten, des Reichstags, des Reichsfinanzhofs, des Reichsgerichts und des Reichskommissariats für die besetzten rheinischen Gebiete. Die bewilligten Summen betragen sich zwischen 3000 und 12.000 M.

Zum Schluß wurden die Richtlinien über die Gewährung der Kinderbeihilfen in geschlechtlich nicht zugehörigen Fällen verabschiedet. Als Höchstbetrag der zu gewährenden Kinderbeihilfe soll der für Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahre jeweils geschlechtlich zugehörige Kinderzuschlag, einschließlich Steuererhöhung, die Kinderbeihilfe für Aufgehobeneempfänger usw. sollen entsprechend geregelt werden.

Aus der Partei

Konkordanzbesitz Karlsruhe. Morgen Samstagabend 8 Uhr findet im „Auerhahn“ eine wichtige Sitzung des Kreisvorstandes, des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe, der Rechtskommission, des Verlages und der Redaktion des „Volkstreu“ statt. Die Genossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Welschnert, 30. Juni. Morgen Samstagabend 10 Uhr findet im „Feldschützen“ eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt; die Genossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Ein Volkshaus in Forstheim

In Forstheim. Nächsten Sonntag, 2. Juli, findet die Einweihung des Volkshauses statt, das Eigentum der freien Arbeitervereine Forstheims ist. Ein großes Werk, das sich die Arbeitervereine von Forstheim geschaffen, ist damit seiner Vollendung entgegen gegangen. Schwierige Aufgaben gab es bei der Erstellung dieses Hauses zu lösen. Vor allem waren die Grundbesitzerleistungen die unruhigen Verhältnisse und der Mangel an Geld. Auch unsere Gegner haben nichts unversucht, um dem Fortschritt bei der Beschaffung von Baumaterialien oder von Geld Schwierigkeiten zu machen. Auch der Wirt kann heute noch von der hygienischen Seite, die getrieben wird, ein Bedenken bringen. Trotzdem aber können wir feststellen, daß unsere Gegner nicht zu ihrem Ziele kamen. Der Bau steht fertig da dank der einigen und geschlossenen Arbeit der Arbeitervereine, auf die die Forstheimer Genossen stolz sein dürfen. Wegen die auswärtigen Genossen und Sportfreunde bei ihren Ausflügen nach Forstheim stets des Hauses der freien Arbeitervereine, das Volkshauses gedenken und dort ihr Vergnügen und ihre Unterhaltung suchen, wo sie ihre Gleichgesinnten finden. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in heutiger Nummer.

2. ordentlicher Verbandstag der badischen Mietervereine

Der 2. Verbandstag der badischen Mietervereine fand am 24. und 25. Juni in Karlsruhe statt.

Die Tagung begann mit einer Gesamtvorstandssitzung. Die geschlossene Vertreterversammlung, die aus allen Teilen Baden's besteht, fand am Sonntag vormittag im „Café Röhre“ statt. Erschienen waren 85 Vertreter.

Aus der Geschäftsberichte des 1. Vorsitzenden Herrn Hauptmann (Karlsruhe) ist zu entnehmen, daß der Verband einen weiteren starken Aufschwung genommen hat. Ist doch die Zahl der Vereine von 3 auf 63 angewachsen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß 3. V. der Westel Land nur als ein Verein geführt wird, während Lage die ganz unüberwindlichen Schwierigkeiten mit etwa 16 an der Zahl als Ortsgruppen hat. Die Zahl der Mitglieder hat 40.000 überschritten.

Am 10 Uhr vormittags fand die öffentliche Vertreterversammlung statt, die vom 1. Vorsitzenden mit einer herzlichen Begrüßungssprache eröffnet wurde. Ganz besonders begrüßte er den Vertreter des badischen Arbeitsministeriums Herrn Oberregierungsrat Dr. Hartwig und den erschienenen Vertreter des Bundes Deutscher Mietervereine Ely Dresden, Herrn

Verndt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, begrüßte Herr Hebele (Karlsruhe) die Teilnehmer namens der Karlsruher Mietervereine auf das herzlichste. Im Anschluß daran hielt Herr Kamm einen Vortrag über „Die wichtigsten Bestimmungen des Mietrechtsentwurfes“ und die in den nächsten Tagen erscheinenden Ausführungsbestimmungen der badischen Regierung zu diesem Gesetz. Die dann eröffnete Aussprache zeigte eine äußerst rege Betätigung. Einmütigkeit herrschte insbesondere darüber, daß die Mieterrechtsgebung entgegen den Bestrebungen der Hausbesitzerorganisation noch weiter ausgebaut werden müsse und daß die Einführung der freien Wirtschaft nicht als der Nektar aus der Wohnungsnot angezogen werden könne. Eine scharfe Beurteilung erfuhr insbesondere der vom badischen Landtag angenommene Antrag des Hausbesitzervertreters, was in folgender Entscheidung, die einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck kommt:

„Der 2. badische Mietertag nimmt gegen den von dem Vertreter der Hausbesitzer im Landtag eingebrachten und angenommenen gemeinschaftlichen Antrag, wegen Aufhebung der Zwangswirtschaft, Stellung:

Vom Standpunkt eines Volksvertreters ist es unverantwortlich, zu verlangen, daß das Wohnungswesen der freien Wirtschaft durch die einzelnen Hausbesitzer und Spekulantenteile gelöst wird. Dadurch würde nicht nur das Wohnungswesen, sondern es würde auch durch das Emporschnellen der Grundrente das wirtschaftliche und soziale Leben erschüttert werden und aus dieser Not würde es nur einen gewaltigen Ausweg geben können.

Der badische Mietertag hält den privaten Hausbesitz für unfähig, allein die Wohnungsfrage zu lösen; er fordert daher von der badischen Regierung, daß sie ihren Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend macht, daß bei Berücksichtigung des Grund und Bodens ausschließlich gemeinsinnige Grundbesitzer Maßnahmen zum Ausdruck kommen.

In diesem Sinne verlangt der badische Mietertag, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf zur planmäßigen Bewirtschaftung des Wohnungswesens eingebracht wird.“

Die öffentliche Vertreterversammlung nahm um 14 Uhr mittags ihr Ende.

Die vormittags um 10 Uhr abgebrochene geschlossene Vertreterversammlung wurde um 1/3 Uhr wieder fortgesetzt.

Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Kamm.

Der Verbandsbeitrag wurde einstimmig auf 30 M pro Mitglied und Monat erhöht.

Die Nachmittags-Sitzung der geschlossenen Vertreterversammlung zeigte das Resultat, daß die badische Mietervereine gewillt ist, die gesamten Verbandsausgaben der Häuser zu tragen, sie fordert aber dafür:

1. ein weitgehendes Mitspracherecht, und Kontrollrecht,
2. Die Voreinbringung des Grundstücksverzeichnisses durch den badischen Landtag.

Rückend noch zum Schluß aus der Mitte der Versammlung Herrn Kamm der Dank für seine unermüdete und uneigennütige Tätigkeit, unter reichem Beifall abgestimmt wurde, konnte die harmonisch verlaufene Sitzung geschlossen werden.

Gewerkchaftliches

Schiedsgericht im Baugewerbe für Mittel- und Oberbaden

Am 27. Juni trat unter dem Vorsitz des Gewerbetarbessemer das Schiedsgericht im Baugewerbe zusammen und fällte folgende Urteile: 1) Für den Monat Juni 1922 werden folgende Löhne festgesetzt: a) für gelernte Arbeiter in Karlsruhe, Forstheim, Baden-Baden, Freiburg 32,75 Mark pro Stunde, die Maschinenisten und Helfer erhalten außerdem ihre bisherige Zuschläge; b) für die gelernten Arbeiter der übrigen Orte des Bezirkes ein Stundenlohn auf die bisherigen Tariflöhne von 5 Mark pro Stunde; c) Bauhilfsarbeiter über 17 Jahre erhalten 5 Proz. niedrigere Löhne, wie die gelernten Arbeiter, wie die gelernten Arbeiter; d) für die Jugendlichen werden die Löhne nach dem tariflichen Prozentsatz gesetzt. Die Regelung der Grenzfrage bleibt den örtlichen Stellen überlassen. 3) Das Schiedsgericht empfiehlt wegen der Ferienfrage bezüglich zu behandeln, sofern eine reichsrechtliche Regelung nicht zustande kommt. Die Parteien verpflichten sich, bis zum 3. Juli 1922 Herrn Gewerbetarbessemer von der Annahme oder Ablehnung dieses Schiedsgerichtes zu verständigen.

Schiedsgericht Karlsruhe

In einem am 31. März d. J. vor der Karlsruher Strafkammer gegen die 57 Jahre alte Buchhändlerschweizerin Maria Hartmann, geb. Thimmig, wegen schwerer Raubtaten fälligen Urteiles, hatte der in die Affäre verwickelte 20 Jahre alte Robert Konrad Schickel bei seiner Vernehmung unter Eid Aussagen gemacht, die mit seinen dem Folgeschreiber gemachten Aussagen im höchsten Grade widersprachen. Erst nach dem Scheitern des Richter und Staatsanwalter auf die früheren Aussagen des Meineids aufmerksamer gemacht worden war, beharrte er auf seiner Aussage. Daraufhin wurde die Sitzung, in welcher die Frau Hartmann einen Ödnisnachschuß erlitten hatte, abgebrochen. Schon zwei Tage nach jener Strafammerung hatte Schickel die Unrichtigkeit seiner Aussagen eingestanden. Er hatte sich nun, wie auch Frau Hartmann, wegen Meineids bzw. Anstiftung hierzu vor den Geschworenen zu verantworten. Die Geschworenen sprachen den Schickel des Meineids schuldig, während Frau Hartmann für schuldig befunden wurde. Das Gericht erkannte sodann gegen den Schickel wegen Meineids auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten abzüglich 12 Wochen Untersuchungshaft. Die Angeklagte Hartmann wurde freigesprochen. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls für den Schickel wurde abgelehnt.

Die Verhandlung in der Sache des Kaufmanns Graumann und Dr. Geiler wegen Urkundenfälschung usw., die in der nächsten Woche das Schiedsgericht beschäftigen sollte, wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Gewerkchaftliches

Ein großer Diebstahlsprozess vor der Karlsruher Strafkammer. Ein ziemlich ungewöhnliches Bild bot der Verhandlungssaal der Karlsruher Strafkammer. Zur Verhandlung stand ein Fall wegen Diebstahls und Hehlerei, in welcher Sache sich insgesamt 25 Angeklagte im Alter von 17 bis 57 Jahren vor den Richtern zu verantworten hatten. Anklage und Geschworenenbank reichten gerade hin, den zahlreichen Angeklagten Platz zu gewähren. Die verschiedenen Angeklagten, die fast alle, zum Teil schon Vorstrafen in der Fahr- und Radverkehrskammer, ferner in der Strafkammer in Karlsruhe bestritten waren, hatten in den Jahren 1920/21 Fahrabheben, wie Ketten, Raben, Pedale usw. im Werte von über 100.000 M gestohlen und größtenteils an Fahrradhandlanger, die das Diebstahlgut weiter veräußerten, verkauft. Einer der Haupttäter, ein Wagenführer aus Karlsruhe, ist beschuldigt, 600 Fahrradketten im Werte von 22.000 M, eine größere Menge Fahrradteile im Werte von 22.000 M und noch 20 Paare Pedale gestohlen zu haben. Verschiedene der Angeklagten sind schon mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft.

Nach einer beinahe stundenlangen Verhandlung verurteilte der Vorsitzende nach 10 Uhr abends das Urteil, wonach die Angeklagten zu Geldstrafen von 50 bis 800 M bzw. zu Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten verurteilt wurden. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

11. Deutscher Gewerkschaftskongress

Schlusstag.

30. Juni, Leipzig, den 24. Juni.

In der Abstimmung wird die Resolution Dörmann mit 465 Stimmen, die 4854 1/2 Mitglieder vertreten, gegen 183 Stimmen, die 1925 9/10 Mitglieder vertreten, angenommen. Der Stimme enthalten haben sich die Deputierten, die 4 Delegierte mit 158 2/3 Mitgliedern zählen.

Damit ist der erste Teil der Resolution Larnow erledigt. Inzwischen geht die Meldung von der

Eröffnung Rathenaus ein, der Kongress nimmt unter ungetrübter Erregung und Entfaltung davon Kenntnis. Schlichte Redner fordern energische Maßnahmen gegen die mordende Reaktion.

Dann tritt man in die Beratung der Regeln zur Führung der Lohnbewegung und Unterbrechung der Streiks in gemischten Betrieben ein. In der Debatte erklärt Dörmann (Metallarbeiter), daß es für seinen Verband unmöglich sei, diesen Richtlinien zuzustimmen.

Gufemann (Bergarbeiter) erklärt sich gegen den Abschnitt 3. Müller (Gemeindearbeiter) schließt sich dem an.

Tarant (Holzarbeiter) und Kaplow (Bauarbeiter) erklären, daß sie nach dem Vorgefallenen kein Interesse mehr an der Vorlage haben.

Leipart sagt, daß gerade die Metallarbeiter diese Regelung gefordert haben und daß ihr Verlangen für den Bundesverband ausfallend war. Zur Ablehnung läge kein Grund vor, da die Vorlage nichts enthalte, was nicht Grundrecht für jeden Verband sei. Wenn man den Abschnitt 3 ablehne, dann trage man zur Entlastung der Technischen Komitee bei. Eine Uebertragung im Bundesauschuß geht die Vorlage ablehne.

Nach weiteren Debatten wird gemäß einem Antrag Simon (Schuhmacher) die Vorlage an den Bundesauschuß zurückverwiesen.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft hat der Bundesverband folgende Entschlüsse eingebracht:

„Der Kongress erklärt, daß die Abstimmung über den Antrag auf Austritt aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft — der zwar abgelehnt wurde, für den sich aber eine erhebliche Mehrheit ergab — keine grundsätzliche Entscheidung über die vom Bundesverband vertretenen wirtschaftspolitischen Auffassungen bedeutet. Ein Teil der Delegierten lehnt aus Zweckmäßigkeitsgründen die Mitarbeit in der zentralen Arbeitsgemeinschaft ab, ohne jedoch darauf verzichten zu wollen, alle sonstigen Möglichkeiten zu benutzen, die geeignet sind, die Vermittlung der wirtschaftlichen Demokratie zu fördern. Der Kongress erkennt an, daß die vom Bundesverband eingeschlagene Richtung in der Gewerkschaftsarbeit und Wirtschaftspolitik übereinstimmt mit den auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress beschlossenen „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“. Er fordert den Bundesverband auf, auf dem Boden dieser Richtlinien seine Tätigkeit fortzusetzen, bis veränderte Verhältnisse eine andere Forderung bedingen.“

Der Bundesverband verzichtet im weiteren Verlauf der Debatte auf eine Abstimmung über diese Entschlüsse und läßt durch Leipart erklären, daß er die Wahl des Vorstandes als das Entscheidende ansieht. Wenn aber in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden soll, daß die Politik Dörmanns und Waghers betriebe werden müßte, dann solle man das sagen. Der Bundesverband könne das nicht mitmachen. Nach einer Erklärung Dörmanns über die Mitgliedschaft der Metallarbeiter im Eisenwerkverband und eine Erklärung Waghers, die zu so hitzigen Äußerungen Anlaß gibt, daß der Redner unverändert bleibt, wird die Resolution zur Frage der Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Bei der Beratung der zu den Bundesbeschlüssen beantragten Änderungen wird u. a. beschlossen, dem Vertrag mit dem Fabrikanten einen Absatz hinzuzufügen, wonach in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen, die gemeinsame Interessen betreffen, die Bundesverbände nach Möglichkeit vertraglicher Abmachungen dauernd zusammenwirken sollen. Der Beitrag an die Bundeskasse wird auf 50 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr festgesetzt. Organisationen mit über 5000 Mitgliedern sollen einen zweiten Sitz im Bundesauschuß erhalten. Ein kommunikativer Antrag, alljährlich einen Gewerkschaftskongress abzuhalten, wird ebenso wie ein Antrag Bista (Metallarbeiter), den Kongress alle zwei Jahre abzuhalten, abgelehnt. Es bleibt also bei dem bisherigen Zustand, daß der Gewerkschaftskongress alle drei Jahre zusammentritt.

In Zukunft sollen 15.000 Mitglieder einer Delegierten zum Gewerkschaftskongress entsenden. Bleibt ein Rest von 5000 Mitgliedern, so kann dafür ein weiterer Delegierter gewählt werden. Für die Mitgliedschaft der Ortsauschüsse hat der Bundesverband nur dann, wenn sie von ihm genehmigt worden sind, das so abgeänderte Bundesstatut wird dem Bundesverband zur endgültigen Redaktion übergeben. Die „Sonstigen Anträge“ werden dem Bundesverband als Material überwiesen.

Zum Schluß gibt es noch eine erregte Szene. Wiffel begründet im Auftrag des Vorstandes die Tatsache, daß er sich zur Frage der

Erstattung der Sachwerte nicht geäußert hat und stellt fest: Von den Epochenorganisationen des A.O.V., der S.F. und der U.S.F. wurde vor längerer Zeit eine Kommission eingesetzt, die eine Denkschrift über die Erstattung der Sachwerte auszuarbeiten sollte. Den etwa 3 Wochen wurde das Ergebnis dieser Beratungen den Epochenorganisationen zur Mitäußerung überreicht. Dabei wurde der Bitte Ausdruck gegeben, die Antworten nach der Meinung des Gewerkschaftskongresses fertigzustellen. Das ist nicht geschehen. Anzwischen aber haben die Unabhängigen im Reichstag einen Antrag über die Erstattung der Sachwerte eingebracht, der mit wenigen Änderungen die Denkschrift der oben genannten Kommission wiederbringt. Aus diesen Gründen hat der Bundesverband es nicht für möglich gehalten, die Frage zur Debatte zu stellen. Dörmann behauptet, die S.F. habe es abgelehnt, sich an dieser parlamentarischen Aktion der U.S.F. zu beteiligen. Dazu stellt Schmidt (Arbeiterverband) fest, daß die sozialdemokratische Fraktion die Beschlußfassung darüber ausgeübt hat, weil die maßgebenden Gewerkschaftsführer, so weit sie ihre Angehörigen, bereits in Leipzig waren. Wiffel stellt noch einmal die Ungeheuerlichkeit fest, die darin liegt, daß die Unabhängigen die Arbeit anderer, die ihnen unter dem Siegel der Vertrauenswürdigkeit überantwortet wurde, zu Konklusionen ausnutzen, ohne die Kommission, die ihnen die Denkschrift überreicht hat, einer Antwort zu würdigen.

Dann wird eine Entschließung zugunsten der Arbeitsverbände angenommen und der Bundesverband in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergebildet.

Um 5 Uhr nachmittags schließt Vorsitzender Paerlow mit einer kurzen Ansprache den Kongress, der unter Abjagung der internationalen Auseinandersetzung.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 30. Juni

Geschichtskalender

30. Juni, 1522 Der Humanist Reuchlin in Bad Liebenzell. — 1807 Der Reichsfürst und Dichter Friedrich Bischof in Ludwigsburg. — 1919 Zehnter Gewerkschaftskongress in Nürnberg.

Karlsruher Vereinachrichten

Agitationbezirk Karlsruhe. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im „Auerhahn“ eine wichtige Sitzung des Kreisvorstandes, des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe, der Pressekommision, des Verlages und der Redaktion des „Volkstreu“ statt. Die Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. Die noch mit der Abrechnung im Rückland befindlichen Bezirkskassierer werden dringend ersucht, bis Ende der Woche (Sonntag) mit dem Kassierertag zu rechnen.

Die Vorgänge nach der Demonstration

am letzten Dienstag sind dazu angehen, näher besprochen werden zu müssen und zwar auch schon deshalb, weil das Volkswort in seinem Bericht über die Kundgebung nur von Ausfälligkeiten zu melden weiß, aber von dem ruhigen, einträchtigen Verlauf der Demonstration jedoch nichts erwähnt. Diese tendenziöse Berichterstattung des VVW. läßt den Verdacht aufkommen, als ob die Kundgebung selbst nicht in besserer Ordnung verlaufen wäre. Und leider hat auch der „Badische Beobachter“ die Hoffmeldung verbreitet.

Für die Ausfälligkeiten nach der Kundgebung sind die Veranstalter der Demonstration nicht verantwortlich zu machen. Ausdrücklich verurteilt der Referent Gen. Stad nach seinen Ausführungen, daß die Kundgebung beendet ist. Die Ausfälligkeiten nachher — soweit sie als solche angesprochen werden können — mißbilligen und verurteilen auch wir. Was sich in Friedrichshafen, insbesondere im Hause Westendstraße 10, ereignete, wo, wie uns mitgeteilt wird, geradezu vandalistisch gehandelt wurde und recht fragwürdige Elemente daran teilnahmen, kann von Massenbewegungen Arbeitern nicht gutgeheißen werden. Die Ankündigung des Referenten der Sozialdemokratischen Volkspartei und der „Badischen Zeitung“ wird die Reaktion agitatorisch gründlich ausüben. Verantwortlich für all diese Dinge ist in erster Linie das freche provokatorische Auftreten der reaktionären Elemente und Organe. Die Meuchelmorde und der gemeine gisliche und direkt herausfordernde Ton der „Süddeutschen Zeitung“ haben unter der republikanisch gesinnten Bevölkerung einen gewaltigen Sturz entfacht. Wir haben die Herrschaften der Gegenseite vorher genug gewarnt, aber unsere Warnungen fanden keine Beachtung. Die reaktionäre Spitze glaubte mit der maßlosen Gehulde der Arbeiter Schindler treiben zu können und mißbrauchte sie in unerwarteter Weise. Noch letzte Woche besah die „Süddeutsche Ztg.“ die Frechheit, die deutschen Republikaner mit dem Namen „Pöbel“ zu belegen, indem sie die Feinde eines ihrer Parteigänger bei einer Sonnenfeier wiederholt und der ausführte, daß sie ein Staatsverrat von Ostseehäfen wollen und nicht von Pöbeln Gnaden! Dieser Scherz betrachtet also die Arbeiterklasse, die sich doch gewiß die ganze Zeit ruhig benahm, einfach als Pöbel. Daß eines Tages die Abrechnung für solche Anspielungen kommen muß, sollte auch den reaktionären Fanatikern klar sein. Und sie kam! Weshalb braucht sich die „Süddeutsche Ztg.“ nicht, die selbst jedes moralische Recht dazu. Auch die übliche bürgerliche Presse soll sich nicht zu weit hervorkwagen, denn wo war denn ihre Entrüstung, als lästliche Hakenkreuzbuben in die Druckerei unseres Münchener Parteigängers Handgranaten warfen, die, wenn sie explodiert wären, nicht nur die Maschinen demoliert, sondern auch noch Menschenleben vernichtet hätten? Wo blieb denn da die Entrüstung des bürgerlichen Wälders? Ist es nicht auch eine bodenlose Frechheit und Gefährlichkeit, wenn Hakenkreuzler die Einladungsplakate zur Rathenau-Feier sowie die Aufrufe der Regierung von den Plakatsäulen weggerissen oder mit dem famosen Hakenkreuz besudelt, wie es in Karlsruhe geschehen ist? Die an den Ausfälligkeiten Beteiligten haben letzten Endes nur das getan, was ihnen Hakenkreuzler und sonstiges verheißenes nationalsozialistisches Geschick vorgebracht haben. Wir nehmen die Ausfälligkeiten nicht in Schutz, stellen ihnen aber die Schandtaten der Gegenseite gegenüber.

Und nun zu den Hofflieferantenschilfern. Allgemein ist die Ansicht vorhanden, daß Zeit genug bestanden hätte, all die überflüssigen Dinge in die Kumpfkammer zu werfen. Auch in dieser Beziehung haben wir des öfteren gewarnt. Unsere Warnung verfiel jedoch in die Winde, die Herren Hofflieferanten glaubten,

die Republikaner jeden Tag provoizieren und die deutsche Republik vor den Ausländern blamieren zu müssen. Welchen Wert auf den Hofflieferantentram gelegt wurde, möge das Kuriosum beweisen, daß z. B. Herr Metzgermeister Krieger, Ede Mademie- und Douglasstraße, das Hofflieferantenschild angebracht hatte, trotzdem er, wie uns bestimmt berichtet wird, in dieser Form, wie er es tat, rechtlich gar nicht dazu berechtigt ist. Und dabei schimpfte dieser Meister vom Sackloß wie ein Hofspak, als ihm der Hofraum beseitigt wurde.

Bei der Betrachtung all der Dinge sind Ursache und Wirkung zu beachten. Mögen alle Gegner der Republik aus den Vorgängen lernen, daß, wer die Republik sabotiert, gegen sie hebt, ihre Führer erwerdet, die Geduld und Sozialität der Republikaner schmachlich mißbraucht, sich nicht beschweren braucht, wenn die Abrechnung kommt. Wehe, wenn der Volksgorn nicht mehr zu bändigen ist! Wir warnen nochmals im Interesse aller!

Abermalige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

Nach einer Stadtratsvorlage an den Bürgerausschuß sollen vom 1. Juli an folgende Änderungen in Kraft treten: Baritarif. Bis 5 Teilstreifen 4 M. (bisher 3 M.). An Sonn- und Feiertagen 5 M. (4). Leber 5 Teilstreifen 6 M. (5). Für Kinder 2 M. (1,50). — Fahrpreisbefreiung. Bis 2 Teilstreifen (12 Schiene) 2 M. (1,50). Bis 5 Teilstreifen (12 Schiene) 3 M. (2,50). Leber 5 Teilstreifen (8 Schiene) 3 M. (2,50). — Monatskarten. Bis 3 Teilstreifen 180 M. (150). Bis 6 Teilstreifen 280 M. (190). Bis 9 Teilstreifen 300 M. (240). Ganzes Netz 400 M. (300). — Schülerwochenkarten (zweimalige Fahrt). Bis 5 Teilstreifen 10 M. (7). Leber 5 Teilstreifen 12 M. (9). Für viermalige Fahrt: Bis 5 Teilstreifen 12 M. (9). Leber 5 Teilstreifen 15 M. (11). — Lehrlingswochenkarten (zweimalige Fahrt) den Schülerarten mit dem betr. Zuschlag. — Quartarkarten. a) Für Kriegsberechtigte 110 M. (90). (Der Kriegsberechtigte zahlt hieron die Hälfte.) b) Für Sold. Stellen 125 M. (100). — Sonderwagen. Für eine Teilstreife 35 M. (30). Mindestens für einen Wagen 140 M. (120). — Die Fahrpreisbefreiung sollen vorerst keiner Kündigung unterliegen, sobald sie voll ausgenutzt werden können.

Karlsruher Sozialisten. Im Personalrat der Karlsruher Sozialisten treten folgende Änderungen ein: a) Die gewöhnlichen Sozialisten werden durchschnittlich um 1 M. erhöht. b) Die Sozialisten für Arbeiter und Schüler werden um 10 M. erhöht. c) Die Lehrlingswochenkarten werden dementsprechend erhöht.

Öffentliche Bankangestellten-Verammlung

Es dümmert allmählich auch in der Bankangestelltenchaft. Ein Beweis dafür war eine am letzten Mittwoch im „Friedrichshof“ abgehaltene öffentliche Versammlung, die vom Allg. Verband der Deutschen Bankangestellten und vom Deutschen Bankbeamtenverein einberufen war. Nahezu die ganze Angestelltenchaft der Karlsruher Banken hatte sich eingefunden, um für angemessene Bezahlung ihrer Arbeit zu demonstrieren. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Weder nahm Kaufmann Kubinski vom Allgemeinen Verband als erster Redner das Wort. Er führte aus, daß die Erhöhung der Gehälter um 10 Proz., die der Schiedspruch vom 10. Juni bringt (der von Reichsgerichtliche „entgegenkommenderweise“ angenommen wurde) von der Angestelltenchaft einmütig als unzulänglich abgelehnt wird. Die schwereren Kämpfe, die zu führen sind, erfordern den Zusammenstoß der Bankangestelltenchaft. Der Reichsverband der Bankstellungen hat die Reichsständebankstellung des Juniabschiedspruches gefordert und deshalb wird an den Verhandlungen am 4. Juli keine großen Hoffnungen und dürfen aus demselben von unseren Vorbereitungen zum Kampf nicht abbringen lassen. Das Bankkapital kennt nur seine Profite, die Lage der Arbeitnehmer, die die Werte schaffen, berührt sie nicht. Die Angestelltenchaft müsse endlich erstanden. Der Erfolg der Verhandlungen wird nicht allein durch die Führer erreicht, sondern durch die Massen, die hinter ihnen stehen. Wenn die Angestellten der Banken nicht vollends verelenden wollen, bleibt in ihrem ureigenen Interesse als letztes Mittel nur noch die Arbeiterbewegung.

Vom Deutschen Bankbeamtenverein sprach Kaufmann Mannheim, der den Ausführungen des Redners zustimmte. Die Angestelltenchaft müsse immer Bewegung zeigen, nicht nur, wenn die Not groß ist. Die öffentliche Meinung ist irrig, die glaubt, daß die Bankangestellten im Überfluß leben, da sie Spekulationsgewinne gemacht hätten. Die Angestellten in Handel und Industrie, die das Existenzminimum beziehen, sind bis zu 100 Proz. besser bezahlt. Die Stimmung im Reich steht auf Kampf. Wenn die Finanzminister Preidobankten, die dem Reichsverband der Bankstellungen nicht angehören, durch Verhandlungen die Gehälter um 2000 bis 2500 Mark monatlich erhöhen könnten, dann sind dazu auch die anderen Banken in der Lage. Wir können nicht durch Resolutionen, sondern nur durch die Tat etwas erreichen.

Die lebhaft eingehende Diskussion bestätigte die Entschlossenheit zum Kampf, der lebhaftest Beifall, der den Rednern gezollt wurde, zeigte die Stimmung in der Angestelltenchaft. Nach dem Schlußwort der Redner fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die am 28. Juni 1922 im „Friedrichshof“ in Karlsruhe verammelten Bankangestellten sind der Überzeugung, daß, nachdem alle Versuche, auf dem Verhandlungswege die vollständig unzureichenden Junigehälter zu verbessern, endgültig gescheitert sind, von neuen Verhandlungen nichts zu erwarten ist, nunmehr unverzüglich die außerordentlichen gewerkschaftlichen Maßnahmen zur Anwendung kommen müssen. Sie richten daher an die Zentralleitungen der Bankangestelltenorganisationen in Berlin das dringende Ersuchen, ihren in Frage kommenden örtlichen Ortsleitungen Befehl zu erteilen, damit ebenfalls der Kampf aufgenommen wird. Die Karlsruher Bankangestellten geloben, die gewerkschaftlichen Maßnahmen strikte durchzuführen, welche von der Leitung verlangt werden.“

Die Karlsruher Angestelltenchaft erwartet, daß die Berliner Angestelltenchaft der Banken als erste in den Kampf eintritt.“

25 Jahre Zentralverband. Der Zentralverband der Angestellten begeht in diesem Monat in ganz Deutschland die Feier seines 25jährigen Bestehens. Die hiesige Gruppe veranstaltet aus diesem Anlaß morgen Samstag, 1. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale der Stadt, Festhalle ein Festkonzert. In demselben haben außer dem vollständigen Landestheater-Orchester unter persönlicher Leitung des Herrn Operndirektors F. Corticelli mehrere erste Künstler des Landestheaters ihre Mitwirkung zugesagt. Ferner wird die Kinderkantate unter Leitung von Frau F. Baumann bei dem Programm mitwirken. Nach Beendigung des Festkonzerts findet in beiden Sälen ein Festball statt und steht deshalb bei Teilnehmern ein äußerst genussreicher Abend bevor. Der Kartenverkauf hat sehr rege eingeleitet und ist alles Nähere an den Plakatsäulen ersichtlich.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände erläßt zur Erinnerung Dr. Rathenau's folgenden Aufruf: „Das an dem Reichsminister Dr. Rathenau begangene schandvolle Verbrechen gemeyner Meuchelmörder muß für das Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland die nachteiligsten Folgen haben. Die deutsche Volkswirtschaft erleidet dadurch neuen unberechenbaren Schaden. Die Lage der Arbeiteremerschafft wird weiter verschlechtert. Die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung wird beeinträchtigt, wenn Werd und Amtszugabe sich breit machen. Sol das Schlimmste für unser Volk abgewendet werden, so ist es dringend notwendig, daß alle Kräfte, die sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen, fest zusammenhalten. Wir fordern deshalb alle unsere Mitglieder und Freunde auf, sich überall zum Schutze dieser Verfassung bereit zu halten, an der Aufrechterhaltung der Ordnung sich zu beteiligen und mit Entschlossenheit allen Bestrebungen entgegenzutreten, die sich gegen die Verfassung wenden.“

Die im Gewerkschaftsbund organisierte Arbeiteremerschafft ist der fortschreitenden Verarmung durch verfassungswidrige Elemente müde. Sie verlangen Ruhe und Ordnung, um ihrer Arbeit zum Segen unseres Volkes nachgehen zu können, und wird alles tun, um das Volk vor neuen Schädigungen zu bewahren.“

Sein 40jähriges Dienstjubiläum feierte am 23. d. M. Herr Kaufmann Wilhelm Schott bei der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. Von Seiten der Direktion, des Angestelltenrats im Beisein sämtlicher Kollegen wurde der Jubilar durch Ansprachen, Ueberreichung von Blumensträußen und sonstiger Gaben sowie eines Geldgeschenks reichlich geehrt, was denselben sichtlich erfreute. Möge der Jubilar, der sich noch in voller Kräftigkeit befindet, ein schöner Lebensabend beschließen sein.

Darland. Der Art-Musikverein Karlsruhe-Darland veranstaltet anlässlich seines 25jährigen Stiftungsfestes ein Pünktkonzertspiel. Genannter Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Musik in die Reihen der Arbeiteremerschafft hineinzutragen, zu hegen und zu fördern. Bei dem Pünktkonzertspiel soll nun der Einwohnerschafft von Darland wie von Karlsruhe und Umgebung Zeugnis von der bis jetzt geleisteten Arbeit gegeben werden. Zehn Musikkapellen werden sich an dem Pünktkonzertspiel beteiligen und dabei ihr Bestes zu Gebote bringen. Alle Musikfreunde werden gebeten, sich am 2. Juli in Darland einzufinden.

Städt. Konzerthaus. Um einen Kontakt zwischen Bühne und Zuhörer herzustellen, ein Umstand, der im Vorjahre schwer vermied wurde und bei der Operette einen Hauptfaktor bildet, wird bei den Operettenaufführungen die Vorbühne Verwendung finden. Dadurch ist es ermöglicht, die gefanglichen und darstellerischen Leistungen in vorzügliche Nähe der Zuhörer zu rücken. Der Vorverkauf zu der Eröffnungsvorstellung „Mit Wien“, von Herrn Direktor Steffler in Szene gesetzt, am 1. Juli hat in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, und an der Theaterkasse im Konzerthaus bereits begonnen. Auf die morgen Samstag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, stattfindende Eröffnungsvorstellung „Mit Wien“ sei hiermit nochmals hingewiesen. Sonntag, den 2. Juli, finden zwei Vorstellungen statt, und zwar gelangt nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr ebenfalls „Mit Wien“ zur Wiedergabe. Die Nachmittagsvorstellung findet zu ermäßigten Preisen statt. Der Vorverkauf findet in der Musikalienhandlung Fritz Müller, sowie an der Theaterkasse von 11 bis 1 Uhr mittags und abends 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Landestheater. In Gerhart Hauptmanns „Weber“, Drama aus den vierziger Jahren, das zunächst nur für die Volksbühne bis zum Schluß der Spielzeit in sechs nicht öffentlichen Vorstellungen in Szene gehen und heute Donnerstag, den 29. Juni, zum erstenmal aufgeführt wird, sind in Hauptrollen beschäftigt die Damen Creutznach, Frauendorfer, Genter, Müller, Müller, Kasse, Noormann, Pix und die Herren Büchner, Benedikt, Dahlen, Endlein, Pix, Gemmede, Herz, Höder, Kienhäger, Müller, Paschen, von der Trend-Ulrici und Unger. Die Spielleitung hat Felix Baumbach. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gebefchließungen. Dr. Erwin Weil von hier, Referendar hier, mit Karrie Stein von Ringolsheim. Heinrich Schottmüller von hier, Schreiner hier, mit Franziska Göpferich von Bruchsal.

Geburten. Lotte Lore, Vater Alfr. Eberhard, Kaufmann. Konrad Rudolf, Vater Rudolf Schneider, Antsdrichter. Luise Maria, Vater Karl Joh. Mel.-Vol.-Führer. Antonie Luise Wilhelmine, Vater Anton Eisele, Lehrer. August Hans Erich, Vater Erich Tappe, Kaufmann. Anna Maria, Vater Karl Erich, Metzgermacher. Anna Maria, Vater Josef Schmid, Bankbeamter. Maria Gertrud, Vater Heinrich Stumpf, Schuhmacher.

Todesfälle. Wilhelmine v. Vater-Ehrenberg, alt 60 Jahre, Witwe des Hauptmanns a. D. v. Vater-Ehrenberg. Helig Kunze, witt, Aufseher a. D. Chemann, alt 70 Jahre.

Verdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Freitag, den 30. Juni, 2 Uhr: Johann Michael Baumann, Koloniatführer a. D., Marienstr. 22. — 3 Uhr: Lina Scherer, Konduktionschefin, Schillerstr. 37. 4 Uhr: Josef Rümmer, Eisenbahnsekretär, Gebhardstr. 35 (Feuerbestattung). 5 Uhr: Wilhelmine v. Vater-Ehrenberg, Hauptmanns-Witwe, Leopoldstr. 2.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Karlsruher Künstler auswärts. Mit der Uebernahme des Bürgermeisterspostens in Offenburg durch Dr. Bühner hat auch das musikalische Leben der Stadt neue Impulse empfangen. Herr Bühner ist selbst ausübender Künstler wie auch seine Gattin; im Verein mit anderen Künstlern und Künstlerinnen wurden von dem Ehepaar Bühner schon wiederholt ausgezeichnete und künstlerisch wertvolle Konzerte gegeben. Bei dem letzten Konzerte wirkte auch eine unserer besten durch ihre Mitwirkung bei Veranstaltungen in der Arbeiterjugend und der Partei beizens bekannte junge Künstlerin, Fräulein Ruth Porita mit, die auch in Offenburg einen vollen Erfolg haben durfte. So schreibt das „Offenburger Tageblatt“ über ihr Auftreten: „Wir haben zwei Stunden ausgezeichnete Musik vernommen. Fräulein Ruth Porita singt weich mit duffigstem Pianissimo und durchdringendem Ton. Sie künstelt bei den Kunststücken so wenig wie bei den Lautenliedern.“ Und „Der Offenburger“ bemerkt: „... Fräulein Ruth Porita sang mit feiner Stimmlatur wieder unserer Meister zum Klang und zur Reize. Ihre Pianissimo ist bewundernswert.“ Wir dürfen die junge frohe Künstlerin auch für ihre auswärtsigen Erfolge herzlich beglückwünschen.

Karlsruher Musikfest. Die Gesellschaft für deutsche Bildung und der Theaterkulturverband veranstalten, wie schon gemeldet, eine Feier zum ehrenden Gedächtnis Johann Neuchlins, des großen Humanisten und Sängers unserer badischen Heimat, dessen Todestag sich am 30. Juni zum 400. Male jährt. Die Feier wird in einem Vortragsabend und einer Freilichtaufführung bestehen. Zunächst wird heute abend 8 Uhr der als Musikforscher bekannte Prof. Dr. Preisendanz von der Badischen Landesbibliothek im großen Hörsaal des Anlagebundes der Technischen Hochschule über Neuchlin sprechen. Am 6. Juli findet im Schlossgarten auf der Wiese hinter dem Schloss

gebäude eine Aufführung jener köstlichen von Neuchlin verfassten Komödie „Hemmo“ statt, die Hans Sachs aus dem Anteilischen ins Deutsche übertrug hat. Für die Aufführung, die ganz im Sinne der alten deutschen Komödienstücke in Szene gehen wird, haben sich Mitglieder des Karlsruher Jugendrings und des hiesigen Konfessionariums zur Verfügung gestellt. Die Einführung hat Herr Direktor Hans Plum übernommen. Da mit einem starken Besuch dieser Veranstaltungen zu rechnen ist, empfiehlt es sich, die Karten schon durch Vorverkauf bei der Musikalienhandlung Fritz Müller (Ede Kaiser- und Waldstraße) zu nehmen. Alles Nähere ist aus den Inseraten und Plakaten zu ersehen.

Die Veranstaltungen des Badischen Landestheaters während der Karlsruher Herbstwoche

Für die „Karlsruher Herbstwoche“ vom 17. bis 24. September steht der Spielplan des Badischen Landestheaters neben den Reueinstudierungen von Verdis Oper „Otello“ und Hermann Burkes Schauspiel „Simon“, das bei diesem Anlaß zum erstenmal mit der Musik und unter Leitung des badischen Komponisten Franz Böllipp aufgeführt wird, für Mittwoch, den 20. September, Mozaris „Zauberflöte“ vor. — Am folgenden Tag, Donnerstag, den 21. September, bringt das Schauspiel die erste Aufführung des neuen Spielplans mit „Michael Kramer“, von Gerhart Hauptmann, der vorzugsweise der Aufführung beizuwohnen wird. Freitag, den 22. September, wird die Oper „Casanova“ des Karlsruher Komponisten Arthur Kutzerer, Text von Anton Rudolph, zum erstenmal gegeben. Für Samstag, den 23. September, ist eine Aufführung von Shakespeare's „Julius Cäsar“ vorgelesen. Die Herbstwoche schließt am Sonntag, den 24. September, mit Wagner's „Tristan und Isolde“.

Ludwig Unger wurde als 1. jugendlicher Held und Liebhaber nach Dresden verpflückt. — Der Wegzug des jungen, hochtalentierten Künstlers dem hiesigen Landestheater wird allgemein bedauert werden.

Geschäfts-Eröffnung.

Nach Fertigstellung meiner neuen Verkaufsräume eröffne ich mein

MÖBELKAUFHAUS

Samstag, den 1. Juli

und lade zur Besichtigung meiner Ausstellungsräume ergebenst ein.

MÖBELKAUFHAUS

GUST. FRIEDRICHS

Markgrafenstrasse 24 **==** **Kronenstrasse 40**
(vorm. am Rondellplatz).

STADTGARTEN

Sonntag, den 2. Juli 1922, nachmittags von 4-7 Uhr

Konzert der Harmoniekapelle

Leitung: Hugo Rudolph

Eintritt: 3.4. (Inhaber von Jahreskarten), 7.4. (Sonstige) einschließlich Lustbarkeitssteuer, Kinder je die Hälfte. Vorverkauf: Verkehrsverein, Kioske beim Hotel Germania u. Stadtgartenschalterkassen. — Bei schlechtem Wetter findet das Konzert in der Festhalle statt.

Badisches Konservatorium für Musik Karlsruhe.

Das Schuljahr 1921/22 schließt mit 12 öffentlichen Schüler-Vortragsabenden. — Anfang 1. Juli, Ende 14. Juli. — Die Abende vom 1. 3. und 11. Juli mit Vorträgen der Jüngeren im Saale des Konservatoriums, Sofienstr. 43, alle übrigen (am 4., 6., 7., 8., 10., 12., 18. Juli) im kleinen Saal der Festhalle, die Schlussfeier in Form eines Kirchenkonzerts am 14. Juli in der Schlosskirche. Beginn der Abende um 6 Uhr, ausgenommen die Aufführung vom 6. Juli, die schon um 1/2 5 Uhr stattfindet. Programme einschl. Eintrittsberechtigung und Steuer das Stück 7 Mk. sind in den Musikalienhandlungen von Doert, Müller, Neufeldt, Tafel, erhältlich.

Vereinigte Arbeiter-Vereine von Ruppurr

(Arbeiter-Turner, -Sänger, -Radfahrer und Naturfreunde).

Sonntag, den 2. Juli, auf dem Spielplatz in der Waldspitze bei der Gartenstadt

Volks-Fest

Program: Sonntag früh Wecken, 1/2 Uhr: Aufstellung zum Festzug in Klein-Ruppurr. — Auf dem Festplatz: Turnerspiele, Aufführungen, Radfahrrelais, Gesangsvorträge, Festrede. Die gesamte Einwohnerschaft von Ruppurr ist bestens eingeladen.

Rastatter Anzeigen.

Anfolge Erhöhung des Wirtschenspreises von 12. — auf 17. — per Liter sowie abemaliger Erhöhung der Frachten und Unkostenlage muß der Bedrauerpreis ab 1. Juli auf 17. 8.00 festgelegt werden.

Rastatt, den 30. Juni 1922.

Kommunalarb. Rastatt-Stadt.

Paul Mühlenhaupt

Delikatessen und Lebensmittel

Kapellenstr. 3 Rastatt Telefon 526

Große Auswahl in nord- und süddeutschen Wurstwaren

Aufschnitt — Eier — Butter — Käse

Fischmarinaden

Wein — Kognak — Liköre

Lee — Kakao — Kaffee — Kekse

Bumpnickel u. Roggenschrotbrot

Feinste Kox Kekse — Neue Matjesheringe.

Schuhwaren

in allen Ausführungen zu außergewöhnlich billigen Preisen. Auch ein Polierstiefel und Sandalen sowie Seidengürtel, Leder- und Tuch-Hauschuhe mit II. Schönheitszeichen weit unter Preis.

Herrenstr. 16

bei der Kaiserstr. kein Laden, 1 Treppe

K. Maier.

Einige gut erhaltene Anzüge mit guter Figur, ein. Hofen Sportenden, Hüde, Stufen und vieles andere spottbillig.

Karabanoff

Fähringerstr. 50, Hof II.

1 Kinder-Sportwagen zu verkaufen. Anzufragen von 5-7 Uhr abends.

Karlwilhelmstr. 33, 8. IV.

Suche per sofort

Polier

im Hochbau (Schliffen) gut erfahren

Julius Walder Wwe.

Anhaber: Otto Walder

Wilhelmstr. 52

Fohlenfleisch-Verkauf.

Verkauf von Samstag früh ab prima Fohlenfleisch in meinen Filialen.

Durlacherstr. 68 und 59

und Angartenstr. 49

Theo Gramlich.

PUTZ

Preiswertes Angebot Solange Vorrat.

Ungarn. Damenhüte	in Bast, Lisee mit u. Tagel, Schwarz u. farb.	
je nach Preislage	Serie I II III IV	35.00 75.00 145.00 225.00
Garnierte Damenhüte	mit versch. flatter Garnitur, mit Blumen- und Tärländern	Serie I II III
je nach Preislage		175.00 250.00 350.00
1 Post. eleg. Kinderhüte	handgen. Dorte in kleids. Form	95.00

1 Posten einf. garnierte Hüte, Matelotiform 14.50

1 Posten einf. garnierte Kinderschulhüte 8.50

TIETZ

Geschäfts-Übernahme und Empfehlung

Der verehr. Einwohnerschaft von hier und Umgebung teilen wir hierdurch mit, daß wir am 1. Juli 1922 das Restaurant

Zur Wolfschlucht

Karlsruhe, Schützenstraße 10⁴²²⁸

übernehmen werden. Wir werden das Beste bieten um den guten Ruf dieses Hauses auch fernerhin zu erhalten. Gleichzeitig empfehlen wir den titl. Vereinen und Gesellschaften unsere schönen großen Nebenzimmer sowie Garten und Regehbahn

Mittag- und Abendessen

in und außer Abonnement

Eigene Schlachtung. Gute bürgerliche Küche. Keine Qualitäts-Weine. Ansicht der Brauerei Sch. Fels

Eröffnung mit Konzert und Schachfest am 1. Juli 1922

Um geneigten Zuspruch bittet hochachtungsvoll

Ludwig Goos und Frau

Wo gehen wir am nächsten ??

Sonntag, den 2. Juli hin ??

Nach Forchheim

zur Einweihung des Volkshauses

Eigentum der freien Arbeitervereine in Forchheim

Festprogramm:

Sonntag Abend 8 Uhr: Festbankett.

Sonntag früh 1/2 6 Uhr: Wecken.

Am 7 Uhr: Beginn des Geräturnens auf dem Turnplatz der freien Turnerschaft. Anschließend ein Zirkus, bestehend in Belshung, Ringelstößen und 100 m-Bahn. Jeder Turner, der die vorgeschriebene Punktzahl erreicht, erhält ein Diplom.

Nachmittags 1 Uhr: Festzug. Auf dem Festplatz allgemeine Unterhaltung durch Gesangsvorträge, Lachen und Witze.

Abends 8 Uhr: Ball im „Volkshaus“.

Hierzu laden wir die verehrliche Einwohnerschaft von Forchheim, sowie die Genossen und Sportfreunde von Nah und Fern freundlichst ein.

Die Festkommission.

Achtung!

Zentralrat der Betriebsräte!

Hiermit ergeht Einladung an die von den Gruppenräten gewählten Zentralratsmitglieder sowie an die Mitglieder des Betriebsausschusses des A. F. G. D. und der „Wfa“ zu einer

Versammlung

am Montag, 2. Juli, nachmittags 5 Uhr, in den Saal der Restauration zum „Elefanten“, Kaiserstr.

Tagesordnung:

„Wahl des Vollzugsrats.“

Der Vorsitzende des Vollzugsrats.

F.-C. „Union“

e. V. Karlsruhe.

Am Sonntag, den 2. Juli, findet im Lokale zum „Saalbau“, Gottesauerstraße 27

Familien-Unterhaltung

verbunden mit Tanz statt, wozu wir Jedermann freundlichst einladen.

Anfang 6 Uhr. Ende 1 Uhr

Der Vorstand.

Arbeiter-Turn- u. Sportbund

10. Kreis Gruppe Albia 3. Bezirk

Am Samstag, den 1. Sonntag, den 2. und Montag, den 3. Juli 1922, hält die Gruppe Albia ihr

1. Gruppen-Turn- und Sportfest

verbunden mit dem 1543

17jährigen Stiftungsfest des Arb.-Turn- und Sportvereins Reichenbach

in Reichenbach ab. Festprogramm: Samstag abend 8 Uhr: Festbankett. Sonntag morgen 8 Uhr: Beginn der Vereins- und Einzel-Wettkämpfe. Nachmittags 2 Uhr: Festzug, anschließend Wasserfreibildungen, Uferspiele der Fußballmannschaften, Schauringer Kariküre — Gelingen und sonstige Sonder-Aufführungen. Abends 6 Uhr: Diplomverteilung, anschließend Festball. Montag nachmittags: Turnspiele, Volksbelustigung. Wir laden unsere Brudervereine der Umgebung sowie Gewerkschafts- und Parteigenossen freundlichst ein mit der Bitte um zahlreich unterrichten zu wollen. Mit freiem Sportgruß der Festkommission.

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei Ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die

Inserenten des Volksfreund.